

REPORT

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK Report Nr. 180, März 2023

SCHWACHE DYNAMIK NACH ENERGIE- PREISSCHOCKS UND ZINSERHÖHUNGEN

Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2023/2024

Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Sabine Stephan,
Thomas Theobald, Silke Tober, Sebastian Watzka

AUF EINEN BLICK

- Die Weltwirtschaft wird sich 2023 und 2024 nur langsam erholen. Das Welt-BIP dürfte in diesem Jahr um durchschnittlich 2,5% zunehmen und nächstes Jahr um 2,7%. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA bleibt im Prognosezeitraum verhalten und wird im Jahresdurchschnitt 2023 um 1,3% und 2024 um 1,1% zulegen. Im Euroraum wird die Konjunktur nach der Flaute im Winterhalbjahr im Verlauf des Jahres 2023 etwas an Fahrt gewinnen. Diese Tendenz setzt sich auch 2024 fort. Die Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2023 um 0,8% zunehmen (2024: 1,4%). Die Arbeitslosenquote wird nur leicht steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise (HVPI) sinkt deutlich auf 5,2% in diesem Jahr und auf 2,4% in 2024.
- Für 2023 ist nach einer leichten Rezession im Winterhalbjahr mit einer zögerlichen Erholung der deutschen Konjunktur zu rechnen. Nach einem noch rückläufigen Wachstum zum Jah-

resauftakt wird im weiteren Jahresverlauf eine leichte Zunahme des BIP erfolgen. Die Jahresverlaufsrate beträgt im Jahr 2023 0,7%. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP – aufgrund der rückläufigen Raten im Winterhalbjahr – stagnieren. Maßgeblich hierfür wird insbesondere der rückläufige private Konsum sein, der durch den Kaufkraftverlust belastet wird. Mit nachlassender Inflation wird er wieder stärker expandieren. Das BIP wird im Jahr 2024 um 1,2% wachsen. Die Verbraucherpreise in Deutschland werden 2023 im Jahresdurchschnitt um 5,3% und 2024 um 2,4% steigen. Die Arbeitslosenquote liegt in diesem Jahr bei 5,4% (2024: 5,3%).

BIP-Wachstum in %

0,0	1,2	0,8	1,4	1,3	1,1
2023	2024	2023	2024	2023	2024
Deutschland		Euroraum		USA	



AUDIOKOMMENTAR

Peter Hohlfeld zur wirtschaftlichen Entwicklung 2023/2024

<https://bit.ly/imkreport180>

Quelle: Prognose des IMK.

INHALT

Abklingende Preisschocks und Lieferengpässe	3
Entlastungsmaßnahmen stützen, Geldpolitik dämpft	3
Gebremste Konjunktur nach leichter Rezession	3
Geld- und Fiskalpolitik mit Augenmaß	5
Verhaltene Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft	6
USA: Nach dynamischem Jahresstart verliert die Konjunktur an Fahrt	6
China: Wachstumsziel des Volkskongresses nur schwer zu erreichen	7
Verhaltene Wachstumsaussichten für die japanische Wirtschaft	8
Das Vereinigte Königreich rutscht in die Rezession	8
Euroraum: Kaufkraftverluste und steigende Finanzierungskosten	
dämpfen Wirtschaftswachstum	8
Frankreich, Italien und Spanien: Kaufkraftverluste belasten privaten Konsum	9
Nur zögerliche Erholung der deutschen Konjunktur	10
Außenhandel behauptet sich in schwierigem Umfeld	10
Rückläufige Außenhandelspreise infolge sinkender Energiepreise	10
Ausrüstungsinvestitionen auf moderatem Expansionskurs	11
Finanzierungsbedingungen und hohe Baukosten belasten die Baukonjunktur	11
Hohes Preisniveau dämpft den privaten Konsum	13
Öffentliche Haushalte: Defizit sinkt erst 2024	13
Infobox 1: Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung	15
Arbeitsmarkt: Anhaltender Beschäftigungsaufbau	16
Datenanhang	19

AUTORENSCHAFT



Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor
sebastian-dullien@boeckler.de



Prof. Alexander Herzog-Stein, PhD
Referatsleitung Arbeitsmarktökonomik
alexander-herzog-stein@boeckler.de



Peter Hohlfeld
Referatsleitung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
peter-hohlfeld@boeckler.de



Dr. Katja Rietzler
Referatsleitung Steuer- und Finanzpolitik
katja-rietzler@boeckler.de



Dr. Sabine Stephan
Referatsleitung Außenhandel und Handelspolitik
sabine-stephan@boeckler.de



Dr. Thomas Theobald
Referatsleitung Finanzmärkte und Konjunktur
thomas-theobald@boeckler.de



Dr. Silke Tober
Referatsleitung Geldpolitik
silke-tober@boeckler.de



PD Dr. Sebastian Watzka
Referatsleitung Europäische Makroökonomie
sebastian-watzka@boeckler.de

ABKLINGENDE PREISSCHOCKS UND LIEFERENGPÄSSE

Entlastungsmaßnahmen stützen, Geldpolitik dämpft

Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,4 % im vierten Quartal 2022 startete die deutsche Wirtschaft auch schwach in das Jahr 2023 (IMK Prognose: -0,2 %). Ausschlaggebend waren die rückläufigen privaten Konsumausgaben infolge der energie- und nahrungsmittelpreisbedingten Realeinkommensverluste und der Einbruch beim Bau als Reaktion auf die steigenden Zinsen. Dennoch haben sich die Aussichten seit Ende vergangenen Jahres deutlich aufgehellt und bereits im Frühjahr ist mit einer anziehenden Produktion zu rechnen. So sind die Energiepreise merklich gesunken und mit ihnen die Produktions- und Transportkosten. Die Lieferengpässe bei wichtigen Vorprodukten, die die vergangenen beiden Jahre prägten, haben sich spürbar entspannt und die hohen Auftragsbestände werden nun nach und nach abgearbeitet. Die Unsicherheit ist zwar weiterhin sehr hoch angesichts des andauernden Ukrainekriegs, der zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China sowie der jüngsten Finanzmarkturbulenzen nach dem Zusammenbruch der Silicon Valley Bank, aber die sich langsam erholende Weltwirtschaft, die hohen Auftragsbestände im Verarbeitenden Gewerbe und auch die stark gefragten Produkte der Rüstungsindustrie sowie der allmählich anlaufende transformative Dekarbonisierungsprozess stützen die Ausrüstungsinvestitionen und die Produktion.

Dennoch klemmt es immer noch an der einen oder anderen Stelle. So ist die Anzahl der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, die in den ifo Konjunkturumfragen einen Mangel an Vorprodukten beklagt, seit September 2022 zwar kontinuierlich gesunken, aber im Februar 2023 gaben immer noch 45,4 % der Unternehmen an, dass ihre Produktion durch Engpässe bei Rohstoffen oder Vorprodukten behindert wird. Besonders ausgeprägt scheinen die Engpässe noch bei der Automobilindustrie zu sein: Hier verwiesen 73,6 % der Unternehmen auf Lieferschwierigkeiten, gefolgt von mehr als 70 % der Produzenten von Datenverarbeitungsgeräten und im Maschinenbau (Destatis 2023).

Entsprechend legte die Industrieproduktion im Januar 2023 zwar um 3,5 % zu – nach einem Rückgang um 2,4 % im Dezember 2022 insbesondere wegen des massiven Einbruchs der energieintensiven Branchen –, lag damit aber noch um knapp 1 % unter dem Niveau von Januar 2022 und um knapp 4 % unter dem Vorpandemieniveau im Januar 2020.

Ähnlich ist das Bild bei den stark von der Industrie geprägten Exporten und Ausrüstungsinvestitionen. Die Exporte, die im vierten Quartal 2022 saisonbereinigt rückläufig waren (-1,0 %), dürften im ersten Quartal 2023 deutlich zugelegt haben

(2,7 %) und damit der IMK-Prognose zufolge sogar um 4,3 % bzw. 5,6 % über dem Vorjahres- und dem Vorpandemieniveau liegen. Obwohl auch die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal 2023 expandierten (0,8 %) und damit um 3,4 % höher lagen als ein Jahr zuvor, unterschritten sie das Vorpandemieniveau noch um 2,9 %. Demgegenüber sinkt der private Verbrauch, der im vergangenen Jahr bei merklich steigenden Bruttolöhnen und -gehältern (4,8 %), zunehmender Beschäftigung (1,3 %) und einer sinkenden Sparquote (-3,8 Prozentpunkte) kräftig expandiert hatte, nach einem Rückgang im vierten Quartal 2022 erneut (jeweils -1,0 %). Grund sind die inflationsbedingten Kaufkraftverluste. Die Verbraucherpreise waren im vierten Quartal um 8,6 % höher als ein Jahr zuvor und dürften im ersten Quartal um weitere 1,3 % zulegen. Damit dürfte der private Verbrauch zu Jahresbeginn um 0,8 % unter dem Niveau des Vorjahres liegen und sogar um 3,1 % unter dem des vierten Quartals 2019. Insgesamt war das BIP Deutschlands im ersten Quartal 2023 damit so groß wie im ersten Quartal 2022 und um 0,2 Prozentpunkte geringer als vor der Pandemie.

Gebremste Konjunktur nach leichter Rezession

Die Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023 fiel trotz der massiven Preisschocks im Bereich Energie und Nahrungsmittel vor allem deshalb relativ mild aus, weil die Bundesregierung mit den Energiepreisbremsen und weiteren Entlastungsmaßnahmen den privaten Konsum gestützt und den Kostendruck für die Unternehmen gesenkt hat.

Der milde Winter, gefüllte Gasspeicher, hohe Flüssiggaslieferungen und günstige Witterungsbedingungen für die Erneuerbaren Energien bewirkten seit Jahresbeginn zudem einen deutlichen Rückgang der europäischen Erdgas-Börsenpreise von 112 Euro/MWh im Dezember 2022 auf 64 Euro/MWh im Januar 2023 und 44 Euro/MWh im März 2023 (ICE Dutch TTF Daily). Damit erreichte der europäische Erdgaspreis den niedrigsten Monatsdurchschnittswert seit August 2021. Der Rohölpreis, der bereits seit Mitte 2022 fällt, liegt seit Dezember 2022 unter dem Niveau von Anfang 2022 und unterschritt seinen Höchststand vom Juni 2022 im März 2023 um 36 %. Dass Superbenzin und Diesel im Februar 2023 dennoch um durchschnittlich knapp 1 Cent bzw. knapp 9 Cent teurer waren als ein Jahr zuvor, liegt daran, dass der Euro gegenüber dem US-Dollar, in dem Rohöl üblicherweise notiert ist, um knapp 6 % an Wert verloren hatte und Raffineriekapazitäten sehr knapp sind, nicht zuletzt infolge der Sanktionen gegen Russland.

Damit haben sich die Energiepreisschocks des vergangenen Jahres weitestgehend zurückgebildet, was sich nun Monat für Monat in den Inflationsraten widerspiegeln wird. Überlagert wird dies aktuell noch von drei Faktoren: den steigenden

Tabelle 1

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Verwendung¹				
Private Konsumausgaben ²	0,4	4,3	-1,0	1,4
Staatskonsum	3,8	1,2	1,2	1,4
Ausrüstungsinvestitionen	3,5	3,3	1,4	2,6
Bauinvestitionen	0,0	-1,7	-5,7	-2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,1	2,1	3,9	4,1
Exporte	9,7	2,9	3,8	2,0
Importe	9,0	6,0	2,5	2,2
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,0	1,2
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	3,1	5,5	4,5	2,2
Konsumausgaben ²	3,1	6,9	5,1	2,3
Importe	8,3	17,3	-5,2	-1,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Verbraucherpreise (VPI)	3,1	6,9	5,3	2,4
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	3,5	5,8	4,1	5,1
Gewinne ³	15,0	0,4	7,3	1,5
Volkseinkommen	6,7	4,2	5,0	4,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Tarifföhne (Stundenbasis)	1,3	2,2	3,7	4,0
Effektivverdienste (Stundenbasis)	1,8	4,7	4,2	4,2
Lohndrift	0,4	2,5	0,5	0,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	6,3	4,1	5,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,3	4,8	3,3	4,4
Entstehung				
Erwerbstätige	0,1	1,3	0,7	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,6	0,0	-0,9	0,2
Arbeitsvolumen	1,7	1,4	-0,2	0,8
Produktivität (je Stunde)	0,9	0,4	0,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,8	0,0	1,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslose ⁴ , in 1000	1.536	1.328	1.331	1.311
Erwerbslosenquote ⁵ , in %	3,3	2,8	2,8	2,8
Arbeitslose ⁶ , in 1000	2.613	2.418	2.515	2.490
Arbeitslosenquote ⁷ , in %	5,7	5,3	5,4	5,3
Lohnstückkosten (je Stunde)	0,7	3,8	3,9	3,7
Budgetsaldo, in % des BIP	-3,7	-2,6	-2,9	-2,0

¹ Preisbereinigt.

² Private Haushalte inklusive privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen.

⁴ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

⁵ In % der inländischen Erwerbspersonen.

⁶ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

⁷ In % aller zivilen Erwerbspersonen.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2023 Prognose des IMK.



Nahrungsmittelpreisen, der im Vergleich zu Benzin größeren Bedeutung von Diesel für die deutsche Wirtschaft und den längerfristigen Verträgen der privaten Haushalte mit ihren Erdgas-Versorgungsunternehmen. Aber ebenso wie sich die höheren Energiepreise im vergangenen Jahr durch die Transport- und Produktionskosten auf die Preise nahezu aller Güter und Dienstleistungen übertragen haben, sollten die Preise in den kommenden Monaten teilweise zurückgehen oder zumindest nicht mehr steigen. Auch die Probleme in den Lieferketten lösen sich zunehmend auf, was ebenfalls preisdämpfend wirkt.

Eine merkliche Aufhellung der wirtschaftlichen Lage signalisiert derzeit auch der IMK Konjunkturindikator, der mit Datenstand Dezember 2022 trefenderweise eine Rezession für das erste Quartal 2023 anzeigte, mittlerweile aber eine mäßige Aufwärtsentwicklung für den Zeitraum bis Ende Mai 2023 signalisiert (► **Abbildung G auf Seite 25**).

Positiv wirken dabei insbesondere die Exporte, die angesichts der etwas kräftigeren Weltkonjunktur und schwindender Engpässe bei Vorprodukten in diesem Jahr etwas beschleunigt expandieren (**Tabelle 1**). Da sich die Importdynamik zudem im Zuge der Normalisierung merklich abflacht, leistet der Außenbeitrag in diesem Jahr anders als 2022 wieder einen positiven Wachstumsbeitrag (0,8 Prozentpunkte). Die Ausrüstungsinvestitionen nehmen angesichts der verbesserten Wirtschaftsaussichten und trotz merklich gestiegener Finanzierungskosten ebenfalls weiter zu, auch wenn sie selbst Ende 2023 noch nicht wieder das Vorpan demieniveau erreichen. Während die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen 2023 ihr Vorjahresniveau um 3,8% bzw. 1,4% überschreiten, bleibt der private Konsum trotz einer Zunahme ab dem Frühjahr Quartal für Quartal unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Maßgeblich für den Anstieg im Jahresverlauf 2023 sind die deutlich zunehmenden Bruttolöhne und -gehälter (3,3%) sowie eine leicht steigende Beschäftigung (0,7%). Hinzu kommt, dass die breitflächig ausgezahlte Inflationsausgleichsprämie im Rahmen der Lohnerhöhungen steuer- und abgabenbefreit ist und Steuerentlastungen zu Jahresbeginn die Einkommen netto stärker steigen lassen als brutto.

Insgesamt ergibt sich für 2023 im Jahresdurchschnitt eine Stagnation, die durch die Rezession im Winterhalbjahr 2022/2023 bestimmt ist; im Jahresverlauf steigt das BIP um 0,7%. Bei anhaltend moderater Dynamik erhöht sich das BIP 2024 im Jahresdurchschnitt um 1,2% (**Tabellen 1 und 2**). Trotz der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Prognosezeitraum nimmt die Zahl der Erwerbstätigen in beiden Jahren zu und die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt 2023 nur um 0,1 Prozentpunkte auf 5,4%, woraufhin sie 2024 wieder auf 5,3% zurückgeht. Das Budgetdefizit erhöht sich auf 2,9% des BIP in diesem Jahr und fällt 2024 wegen des etwas höheren Wachstums und geringer

Tabelle 2

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums in % bzw. Prozentpunkten

	2022	2023	2024
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	0,8	-0,1	0,5
Jahresverlaufsrate ²	0,9	0,7	1,2
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate, arbeitstäglich bereinigt	1,9	0,2	1,2
Kalendereffekt ³	-0,1	-0,2	0,0
Jahresdurchschnittliche Wachstumsrate	1,8	0,0	1,2

1 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Durchschnitt aller Quartale des Vorjahres.

2 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt.

3 In % des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK, ab 2023 Prognose des IMK.



zu Buche schlagender Entlastungsmaßnahmen auf 2,0% zurück. Die Verbraucherpreise dürften 2023 noch um 5,3% zulegen, wobei die hohen Inflationsraten Ende 2022 merklich erhöhend wirken. Im Verlauf verringert sich der Preisauftrieb und 2024 dürfte die Inflationsrate mit 2,4% nur noch leicht über dem Inflationsziel der EZB liegen.

Geld- und Fiskalpolitik mit Augenmaß

Der aktuellen Prognose der EZB zufolge wird die Inflationsrate im Euroraum in der zweiten Jahreshälfte 2024 ebenfalls nahe des Inflationsziels von 2% und 2025 dann bei durchschnittlich 2,1% liegen (EZB 2023a). Angestoßen durch die erhöhte Unsicherheit infolge der Insolvenz der US-amerikanischen Silicon Valley Bank und der Krise der Credit Suisse hat die EZB einen überfälligen Kurswechsel vollzogen. Während sie seit dem Sommer 2022 auf jeder Sitzung weitere Zinserhöhungen angekündigt und schlussendlich die Leitzinsen um insgesamt 3,5 Prozentpunkte seit Juli 2022 erhöht hat (Tabelle 3), kündigte sie Mitte März erstmals keine weitere Zinserhöhung an und betonte, dass sie ihre zukünftigen Entscheidungen von den dann verfügbaren Daten abhängig machen wird (EZB 2023b). Das ist ein sinnvolles Vorgehen, da die drastische geldpolitische Straffung erst im Laufe des Jahres ihre volle Wirkung entfalten wird, die Wirtschaft bereits durch die Verwerfungen im vergangenen Jahr geschwächt ist und die Inflationsraten in den kommenden Monaten – auch der EZB-Prognose zufolge – merklich sinken dürften. Schwächt sich die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) in den kommenden Monaten in Einklang mit der hier vorgelegten Prognose und jener der EZB ab,

Tabelle 3

Rahmendaten der Prognose Jahresdurchschnittswerte

	2022	2023	2024
Dreimonats-Euribor (%)	0,3	3,3	3,6
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%) ¹	1,9	3,8	4,2
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	2,9	4,1	4,4
Wechselkurs (USD/EUR)	1,05	1,08	1,10
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 42 Ländern) ²	90,8	92,8	93,4
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 60 Ländern) ²	89,1	89,8	90,1
Tarifindex (Destatis, je Stunde) (% gg. Vorjahr)	2,2	3,7	4,0
Erdgaspreis (ICE Dutch TTF daily)	123	57	60
Rohölpreis (Brent, USD)	101	83	79

1 Deutschland, Frankreich, Niederlande, Belgien, Österreich, Finnland, Irland, Portugal, Spanien, Italien und Griechenland; BIP-gewichtet.

2 Sinkende Werte des Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; EIA; Federal Reserve; Statistisches Bundesamt; ab 2023 Prognose des IMK.



so besteht kein Grund für weitere Zinserhöhungen, zumal das aktuelle Zinsniveau im Wesentlichen den Annahmen der Prognosen entspricht. Die Wirtschaft weiter zu dämpfen, um das Inflationsziel ein halbes Jahr früher zu erreichen, wäre angesichts der Risiken für die Konjunktur, die Finanzmarktstabilität und die klimapolitisch erforderlichen Investitionen, die mit einer weiteren geldpolitischen Straffung einhergingen, nicht zu rechtfertigen.

Da die Wirkungen der Preisschocks nun abklingen, sollte die Bundesregierung angesichts der drohenden Verfehlung des Pariser-Klimaziels den Klimaschutz und die Vermeidung sozialer Härten in den Vordergrund stellen. Berücksichtigt man, dass die EU nur knapp 10% der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht (IPCC 2023, S. 9), ist ersichtlich, dass ein hoher Grad an internationaler Kooperation und technologischem Austausch erforderlich sein wird, um den Klimawandel auf ein noch zu verkraftendes Maß zu begrenzen.

Die Risiken für die Prognose sind zahlreich und hoch. Im Vordergrund stehen die Folgen der geldpolitischen Straffung, da die Wirkungen globaler geldpolitischer Zinserhöhungen in der Vergangenheit oft unterschätzt wurden. Das gilt umso mehr als Bewertungskorrekturen durch die zinsbedingten Wertverluste bei Anleihen insbesondere bei den US-amerikanischen Regionalbanken noch nicht abgeschlossen sein dürften und die mittlerweile erhöhte Finanzmarktvolatilität selbstver-

stärkende Effekte entfalten kann. Da massive Abschreibungen auf den Anleihebestand der Finanzintermediäre in den USA und in Europa erforderlich und die Finanzinstitute stark verflochten sind, stehen die Zentralbanken richtigerweise bereit, um mit Liquiditätshilfen zu verhindern, dass es zu Kettenreaktionen kommt. Dass eine solche Stabilisierung gelingt, ist derzeit die wahrscheinlichere Variante und damit die Basis der vorliegenden Prognose. Der Klimawandel stellt ein weiteres Prognoserisiko dar, da Ernteaufschläge und niedrige Flusspegel hohe Preisausschläge bei Nahrungsmitteln, Transportkosten und Strompreisen bewirken können, auch wenn vereinzelte Ernteaufschläge und eine leichte Beeinträchtigung der Atomkraftwerke in Frankreich durch die niedrigen Niederschläge und den hohen Wartungsbedarf in der IMK-Prognose bereits berücksichtigt sind. Bei den geopolitischen Risiken dominieren zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung ebenfalls die Abwärtsrisiken, und zwar sowohl mit Blick auf den Ukrainekrieg als auch auf die Handelsverflechtungen mit China.

VERHALTENE WACHSTUMSAUSSICHTEN FÜR DIE WELTWIRTSCHAFT

Gegenüber der Herbst- und der Winterprognose 2022 haben sich einige der Belastungsfaktoren der Weltkonjunktur entschärft. So sind die globalen Rohstoffpreise, insbesondere für Erdgas, gesunken und Europas Energieversorgung scheint inzwischen trotz weitgehendem Verzicht auf russische Energielieferungen gesichert. Auch Lieferengpässe konnten abgebaut werden und die Containerfrachtkosten sind deutlich gefallen. Infolge niedrigerer Energiepreise hat sich zudem die Inflation vielerorts etwas verringert; gleichzeitig sorgen indirekte Effekte der Preisschocks des vergangenen Jahres aber dafür, dass die Kerninflation, also die Inflationsrate ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise, zunächst noch deutlich oberhalb der Inflationsziele der Zentralbanken liegen wird.

Entsprechend verhalten ist die Entwicklung der Realeinkommen und des privaten Verbrauchs, auch wenn letzterer durch die in vielen Ländern hohe Beschäftigung gestützt wird. Die raschen Zinserhöhungen in den USA, im Euroraum und im Vereinigten Königreich entfalten erst im Prognosezeitraum ihre volle restriktive Wirkung, was zu einer weiteren Reduzierung der Kreditaufnahme und der Investitionstätigkeit, insbesondere bei Wohnimmobilien, führt. Für manche Schwellenländer impliziert der rasche Zinsanstieg in den entwickelten Volkswirtschaften zudem einen Verlust an ausländischen Direkt- und Portfolioinvestitionen, eine Währungsabwertung, eine Verschlechterung ihrer Kreditaufnahmekonditionen und somit auch eine Verringerung ihres fiskalischen Spielraums.

Der Ukrainekrieg Russlands belastet die Weltwirtschaft auch abseits hoher Energie- und Nahrungsmittelpreise. Das gilt insbesondere für Regionen, die zuvor intensivere Handelsbeziehungen mit den Konfliktpartnern hatten. Neben hoher Inflation und in der Folge deutlicher Zinsreaktionen der Zentralbanken verschlechtert die Zunahme der ökonomischen Unsicherheit das Investitionsklima in ost-europäischen Volkswirtschaften. So ist derzeit mit einer Rezession in Polen, Tschechien, Ungarn und Schweden zu rechnen. Das Welthandelsvolumen ging Ende 2022 merklich zurück, zeigt aber den Angaben des monatlichen IfW Kiel Trade Monitors zufolge zum Jahresanfang 2023 eine leichte Erholung (Gern et al. 2023).

Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft 2023 und 2024 nur langsam wachsen. Kurzfristig erhält sie zwar einen Impuls durch die Aufhebung der pandemiebedingten Restriktionen in China. Im Verlauf des Prognosezeitraums erlauben die Probleme auf dem gesamtwirtschaftlich bedeutenden Immobilienmarkt aber auch in China keine dynamische Konjunkturerholung. Alles in allem wird die Weltproduktion auf Basis von Kaufkraftparitäten um 2,5% 2023 und um 2,7% 2024 zunehmen (Tabelle 4).

USA: Nach dynamischem Jahresstart verliert die Konjunktur an Fahrt

Das US-BIP wuchs im dritten und vierten Quartal 2022 mit 0,8% und 0,7% dynamisch. Mit Ausnahme der Wohnungsbauinvestitionen, die durch die steigenden Leitzinsen deutlich gebremst wurden und 2022 insgesamt um mehr als 10% schrumpften, wurde das Wachstum im Schlussquartal des Jahres sowohl investitions- als auch konsumseitig getragen. Die Gesamtschau der konjunkturellen Frühindikatoren signalisiert auch für das erste Quartal 2023 noch eine kräftige Zunahme der Wirtschaftsaktivität. Im Jahresverlauf wird die US-Konjunktur aber deutlich an Fahrt verlieren und erst 2024 wieder ein schnelleres Expansionstempo erreichen (► Abbildung A auf Seite 19). Ursächlich hierfür ist vorrangig der private Verbrauch aufgrund anhaltender Kaufkraftverluste der Haushalte. Ihnen stehen bei weiter hoher Inflation weniger kräftige Lohnzuwächse als im vergangenen Jahr zur Verfügung. Zudem wirkt sich die restriktive Geldpolitik zunehmend auch auf die Ausrüstungsinvestitionen aus. In diese Richtung weisen die Rückgänge der Auftragseingänge bei den Investitionsgüterproduzenten hin.

Der US-Arbeitsmarkt zeigt sich im Prognosezeitraum robust, auch wenn die nachlassende Konjunktur einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote nach sich ziehen wird. Die Arbeitslosenquote lag im Februar 2023 bei 3,6% und somit leicht höher als im Vormonat, aber noch in der Nähe des niedrigen Vorpandemiestandess vom Jahresbeginn 2020 (3,5%). Der Beschäftigungszuwachs blieb mit über

300.000 neuen Stellen außerhalb der Landwirtschaft im Februar dynamisch, nachdem im Vormonat sogar über 500.000 Stellen geschaffen werden konnten. Das durchschnittliche Stundenlohnwachstum schwächte sich im Schlussquartal 2022 aber auf rund 4,5% gegenüber dem Vorjahr ab, nachdem es in den Vorquartalen noch jeweils um rund 1 Prozentpunkt höher gelegen hatte. Die Inflation im Februar betrug 6,0% nach durchschnittlich 7,1% im Schlussquartal 2022. Diese Zahlen verdeutlichen die anhaltenden Realeinkommensverluste der privaten Haushalte in den USA.

Die US-Notenbank Fed hat die Leitzinsen seit März 2022 in neun Schritten in den Bereich von 4,75% bis 5,0% angehoben. Die schnellen Zinssteigerungen erfordern Anleiheabschreibungen bei den Banken, die im März 2023 zum Zusammenbruch des mittelgroßen Kreditinstituts Silicon Valley Bank führten. Zur Wahrung der Finanzmarktstabilität ist daher im Prognosezeitraum mit einer moderateren, aber weiterhin kontraktiven Zinspolitik zu rechnen. Auch die Fiskalpolitik ist im Prognosezeitraum leicht restriktiv ausgerichtet. Es droht eine vorübergehende Zahlungsunfähigkeit des Staates, wenn es den politischen Parteien bis zum Sommer 2023 nicht gelingt, sich auf eine Anhebung der gesetzlich festgelegten Obergrenze für die Staatsschulden zu einigen. Für 2024 ist mit einer moderaten Beschleunigung der US-Konjunktur bei weiter nachlassender Inflation zu rechnen; die Jahresverlaufsrate des BIP beträgt dann 1,5%. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP 2023 um 1,3% und 2024 um 1,1% zunehmen (Tabelle 4).

China: Wachstumsziel des Volkskongresses nur schwer zu erreichen

Das Wirtschaftswachstum in China stagnierte im Schlussquartal 2022, da die plötzliche Lockerung der Covid-19-Beschränkungen zu einem rasanten Anstieg der Infektionsfälle und der Krankenstände führte. Darüber hinaus deutet ein Rückgang der Warenausfuhren um über 6% gegenüber dem Vorjahr auf eine schwächelnde Auslandsnachfrage nach chinesischen Produkten hin. Aufgrund des schwachen privaten Konsums schrumpften auch die Importe deutlich, sodass der Außenhandel per saldo noch einen schwach positiven Wachstumsbeitrag lieferte. Seit dem Jahresanfang 2023 scheint sich die Wirtschaft dank des Abklingens der Pandemie und staatlicher Impulse zügig zu erholen.

Die Einkaufsmanagerindizes sowohl für das Verarbeitende Gewerbe als auch für den Dienstleistungssektor lagen im Februar deutlich oberhalb der Expansionsschwelle, und die Mobilitätsdaten sind in diesem Jahr höher als im gleichen Zeitraum 2022. Allerdings entwickeln sich die Fahrzeugverkäufe aufgrund des Auslaufens von Steuervergünstigungen nur schwach. Die Verbraucherpreisinfla-

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Export- anteil ¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise ²		
		2022	2023	2024	2022	2023	2024
Europa							
EU	54,8	3,5	0,8	1,5	9,2	6,4	2,9
Euroraum	38,2	3,5	0,8	1,4	8,4	5,2	2,4
UK	4,6	4,1	-0,1	0,6	9,1	7,6	4,2
Schweiz	4,5	2,1	1,1	1,3	2,4	2,2	2,3
Russland	1,0	-3,3	-4,0	0,3	14,1	8,2	6,4
Türkei	1,7	5,3	3,6	3,0	74,9	47,7	35,0
Asien							
China	6,8	3,0	4,2	4,0	2,2	2,7	2,4
Japan	1,3	1,0	0,8	0,8	2,8	3,2	1,3
Südkorea	1,4	2,5	1,3	1,2	5,1	3,8	2,5
Indien	0,9	6,6	6,2	7,0	6,8	5,4	4,9
Amerika							
USA	9,9	2,1	1,3	1,1	6,2	3,7	2,8
Kanada	0,8	3,6	1,4	1,1	5,7	3,9	2,4
Mexiko	1,0	3,0	2,4	2,6	8,1	5,5	4,4
Brasilien	0,8	3,0	1,2	1,7	9,6	5,4	4,9
Summe	89,4						
		Welthandel			Welt BIP ³		
		4,9	1,8	2,9	3,0	2,5	2,7

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2022 in %.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.

3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2017).

Quellen: Macrobond; NiGEM; Berechnungen des IMK; ab 2023 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



tion lag im Februar bei nur 1,0%, nachdem sie im Vormonat noch 2,1% betragen hatte. China profitiert von günstigen russischen Energielieferungen und der Preisdruck von außen lässt auch aufgrund des etwas stärkeren Yuan nach. Trotzdem erholt sich die Nachfrage der privaten Haushalte bisher nur langsam.

Auch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlich sehr bedeutenden Wohnungsbaus dürfte im Prognosezeitraum nur schleppend vorankommen; die Verkäufe von Eigenheimen und die Immobilienpreise sind weiter rückläufig. Der Häuserpreisrückgang im Februar fiel aber etwas weniger stark aus als in den Vormonaten. Zudem beeinträchtigt die langsamere wirtschaftliche Gangart sowohl in vielen Schwellenländern als auch in den entwickelten Volkswirtschaften die Exporttätigkeit; eine Verschlechterung der Beziehungen zum Westen stellt ein substanzielles Risiko für den Außenhandel dar.

Aufgrund der anhaltenden Probleme im Immobiliensektor fällt der finanzpolitische Gestaltungsspielraum in China im Prognosezeitraum schwächer aus als in der Vergangenheit, weil die lokalen Ver-

waltungseinheiten zur Finanzierung ihrer Ausgaben nicht mehr in gewohntem Umfang auf den Verkauf von Grundstücken zurückgreifen können. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in China 2023 um 4,2% und 2024 um 4,0% expandieren (►Abbildung B auf Seite 20, Tabelle 4).

Verhaltene Wachstumsaussichten für die japanische Wirtschaft

Die japanische Wirtschaft stagnierte im vierten Quartal 2022, nachdem sie im Vorquartal noch geschrumpft war. Die Erholung war maßgeblich auf die Entwicklung von privaten und öffentlichen Konsumausgaben zurückzuführen. Mit Blick auf das erste Quartal 2023 dürfte das Wachstum schwach bleiben. Die Inflation stieg im Januar mit 4,4% auf den höchsten Stand seit drei Jahrzehnten, was die privaten Konsumausgaben einschränken dürfte. Zudem weist der niedrige Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe auf eine schwache Auslandsnachfrage nach japanischen Produkten hin, die nur in begrenztem Umfang durch die Wiederbelebung der chinesischen Wirtschaft nach der Coronapandemie angeregt wird. Im April beginnt die Amtszeit des neuen Gouverneurs der Bank of Japan. Zwar ist insgesamt nur mit begrenzten Änderungen in der Geldpolitik zu rechnen; gleichwohl dürfte die erhöhte Inflation zur ersten Zinserhöhung seit 2006 führen. Der private Verbrauch wird im Prognosezeitraum durch die niedrige Arbeitslosigkeit und ein spürbares Lohnwachstum gestützt. Alles in allem wird das japanische BIP 2023 und 2024 um jeweils 0,8% zunehmen (►Abbildung B auf Seite 20, Tabelle 4).

Das Vereinigte Königreich rutscht in die Rezession

Die britische Wirtschaft stagnierte im vierten Quartal 2022. Ein Rückgang der Exporte und der privaten Konsumausgaben wurden durch ein stärkeres Wachstum der Staatsausgaben und durch eine Erholung der Bruttoanlageinvestitionen ausgeglichen, nachdem diese im Vorquartal eingebrochen waren. Das Wachstum wird im Prognosezeitraum maßgeblich durch die geldpolitischen Straffungen der Bank of England gedämpft, die den Leitzins bis zum Februar 2023 auf 4,0% angehoben hat; insbesondere bei den Wohnungsbauinvestitionen ist mit weiteren Rückgängen zu rechnen.

Das Beschäftigungswachstum zum Jahresanfang weist auf einen nach wie vor robusten Arbeitsmarkt hin. Die weiterhin hohe Inflation belastet aber die privaten Konsumausgaben merklich. Die Inflation betrug im Februar 10,4%, nach 10,1% und 10,5% in den Vormonaten. Der Preisauftrieb wird im Verlauf des Prognosezeitraums aufgrund der schwachen Wirtschaftsdynamik, des geringeren

Preisdrucks von den Rohstoffpreisen und eines hohen Basiseffekts nachlassen. Die Inflation wird im Jahresdurchschnitt 2023 aber mehr als das Dreifache des von der Bank of England angestrebten Inflationsziels betragen.

Die Regierung hat Ende Februar eine Vereinbarung mit der EU getroffen, um die Unklarheiten über den Handelsstatus zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs zu beheben. Dies ist ein Ergebnis, was sich positiv auf die Stimmung in der Wirtschaft auswirkt. Die Wirtschaft dürfte dennoch im Jahr 2023 aufgrund der restriktiven geldpolitischen Rahmenbedingungen schrumpfen. Darüber hinaus bleibt der fiskalische Handlungsspielraum durch die Notwendigkeit eingeschränkt, keine neue Panik an den Bondmärkten auszulösen, wie im Falle der finanzpolitischen Ankündigungen der inzwischen zurückgetretenen Truss-Regierung im Herbst 2022. Alles in allem wird das britische BIP 2023 um 0,1% zurückgehen, 2024 wächst es dann um 0,6% (►Abbildung C auf Seite 21, Tabelle 4).

EURORAUM: KAUFKRAFTVERLUSTE UND STEIGENDE FINANZIERUNGSKOSTEN DÄMPFEN WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Das BIP des Euroraums expandierte im vergangenen Jahr um 3,5%, wobei sich die wirtschaftliche Dynamik in der zweiten Jahreshälfte spürbar abschwächte und das Wirtschaftswachstum zuletzt zum Erliegen kam. Im vierten Quartal 2022 standen den negativen Wachstumsbeiträgen von Investitionen und privatem Verbrauch positive Wachstumsbeiträge des Außenhandels, des staatlichen Verbrauchs und des Lageraufbaus gegenüber.

Im Prognosezeitraum wird die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum von den anhaltenden Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte, den steigenden Finanzierungskosten der Unternehmen und der verhaltenen weltwirtschaftlichen Dynamik geprägt sein. Bei weitgehend ausgeglichener, aber zunehmend straffer werdender fiskalpolitischer Ausrichtung wird das Wirtschaftswachstum ab der zweiten Jahreshälfte 2023 langsam zunehmen. In diesem Jahr dürfte das BIP um 0,8% steigen, im nächsten Jahr um 1,4%. Die Inflation wird infolge wieder gefallener Energiepreise und beim Ausbleiben nennenswerter Zweitrundeneffekte deutlich zurückgehen. In diesem Jahr werden die Verbraucherpreise um 5,2% steigen, 2024 dann um 2,4% (Tabelle 5, ►Abbildung D auf Seite 22).

Tabelle 5

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger europäischer Handelspartner
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt ¹			Konsumentenpreise ²		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Deutschland	1,9	0,2	1,2	8,7	5,5	2,5
Frankreich	2,6	0,5	1,3	5,9	4,6	2,0
Italien	3,8	0,7	1,6	8,7	5,7	2,1
Spanien	5,5	1,5	1,9	8,3	4,1	2,4
Niederlande	4,5	1,4	1,4	11,6	5,3	3,4
Belgien	3,1	0,7	1,3	10,3	4,2	2,1
Österreich	5,0	0,8	1,6	8,6	4,9	2,7
Irland	12,2	5,1	2,0	8,1	6,1	3,2
Finnland	2,0	-0,2	0,9	7,2	3,1	2,9
Portugal	6,7	0,6	1,2	8,1	4,8	2,4
Griechenland	6,1	3,5	2,5	9,3	4,4	2,8
Euroraum	3,5	0,8	1,4	8,4	5,2	2,4
Dänemark	3,6	-0,3	1,0	8,6	4,5	2,4
Polen	5,2	0,3	2,3	13,2	8,8	4,2
Rumänien	4,4	2,1	3,1	12,0	9,0	4,9
Schweden	2,7	-0,5	1,2	8,1	5,5	2,1
Tschechien	2,4	0,8	2,2	14,8	8,0	4,2
Ungarn	4,6	0,6	2,7	15,3	12,4	4,3
EU	3,5	0,8	1,5	9,2	6,4	2,9
	Arbeitslosenquote			Leistungsbilanzsaldo ³		
Euroraum	6,7	7,1	7,2	-1,3	-0,7	-0,5
EU	6,1	6,4	6,5			

1 Saison- und kalenderbereinigt.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

3 In % des BIP.

Quellen: Macrobond; NiGEM; Berechnungen des IMK; ab 2023 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.



Frankreich, Italien und Spanien:
Kaufkraftverluste belasten privaten Konsum

Das französische BIP ist im vergangenen Jahr um 2,6% gewachsen. Im vierten Quartal nahm das BIP aber nur um 0,1% zu, nachdem es bereits im Vorquartal nur um 0,2% gestiegen war. Auch in Frankreich war die schwache wirtschaftliche Dynamik zuletzt dem rückläufigen privaten Konsum geschuldet, während von den Investitionen und vom Außenhandel positive Wachstumsbeiträge kamen.

Wenngleich die Inflationsrate in Frankreich zu den niedrigsten des Euroraums zählt, werden die Kaufkraftverluste auch dort den privaten Verbrauch im Prognosezeitraum dämpfen. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich aufgrund der gestiegenen Zinskosten verhalten entwickeln, so dass die wirtschaftliche Aktivität im Prognosezeitraum nur langsam an Fahrt gewinnt. In diesem Jahr wird

mit einem BIP-Wachstum von 0,5% und im nächsten Jahr von 1,3% gerechnet.

Die italienische Wirtschaftsleistung expandierte im vergangenen Jahr um 3,8%. Zuletzt hat die wirtschaftliche Dynamik jedoch erheblich nachgelassen. Im vierten Quartal ist das BIP um 0,1% zurückgegangen, nachdem es im Vorquartal noch um 0,4% zugelegt hat. Die sich abschwächende wirtschaftliche Aktivität am Jahresende war geprägt von rückläufigem privatem Konsum und Lagerabbau, während Investitionen und Außenhandel positiv zum Wachstum beitrugen.

Bei einem schwachen privaten Konsum und einer Normalisierung der seit 2021 kräftig gestiegenen Investitionstätigkeit dürfte die italienische Wirtschaft im Prognosezeitraum nur verhalten wachsen. Im laufenden Jahr wird das BIP um 0,7%, im nächsten Jahr um 1,6% steigen.

In Spanien war die wirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund eines kräftigen Wachstums von 2,2% im zweiten Quartal, mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate von 5,5% deutlich dynamischer. Allerdings hat sich auch dort das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte verlangsamt. Im dritten und vierten Quartal nahm das BIP nur noch um jeweils 0,2% zu. Während der private Konsum und die Investitionen zuletzt negative Wachstumsbeiträge lieferten, überwogen die per saldo positiven Beiträge des Außenhandels, des Lageraufbaus und des staatlichen Verbrauchs. Das spanische BIP lag zum Jahresende trotzdem noch um knapp 1% unter seinem Vorpandemiestand, der private Konsum sogar um 4%.

Aufgrund der noch immer vorhandenen Lücken zum Vorpandemiestand des BIP und besonders des privaten Verbrauchs dürfte die wirtschaftliche Dynamik im Prognosezeitraum etwas stärker als in Frankreich und Italien ausfallen. Spanien dürfte als europäisches Hauptreiseland auch besonders stark von zusätzlichen Touristenströmen profitieren. Insgesamt wird das BIP in diesem Jahr um 1,5% und im nächsten Jahr um 1,9% zulegen.

Die Finanzpolitik der Euroländer dürfte 2023 noch weitgehend ausgeglichen ausgerichtet sein, ab 2024 mit dem Auslaufen zahlreicher Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der Energiekrise aber zunehmend restriktiver werden. Die allgemeine Ausweichklausel, die es den Mitgliedsländern der EU erlaubt, von den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts abzuweichen, wird auch in diesem Jahr weiter angewandt. Ab 2024 soll sie deaktiviert und das bis dahin reformierte Regelwerk wieder angewendet werden. Die fiskalischen Auswirkungen des neuen Regelwerks, das die EU-Kommission bislang nur in seinen Grundzügen dargelegt hat, sind bisher schwer abzuschätzen. Erste Untersuchungen weisen aber auf erhebliche Gefahren übermäßiger Austerität als mögliche Folge der Reformvorhaben hin (Becker et al. 2023).

NUR ZÖGERLICHE ERHOLUNG DER DEUTSCHEN KONJUNKTUR

Außenhandel behauptet sich in schwierigem Umfeld

Die deutschen Ausfuhren haben sich im vergangenen Jahr in einem enorm schwierigen weltwirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld recht gut behauptet. Im Jahresverlauf nahmen sie preisbereinigt um 1,3% zu; in jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergab sich aufgrund des statistischen Überhangs aus dem Vorjahr ein Plus von 2,9%.

Zu Beginn des Prognosezeitraums werden die Ausfuhren zunächst kräftig expandieren. Maßgeblich hierfür ist, dass sich die Lieferengpässe weiter entspannen, sodass der hohe Auftragsbestand bei den Investitionsgütern in der ersten Hälfte dieses Jahres in nennenswertem Umfang abgearbeitet werden kann. Zudem kommt Rückenwind von den Exportpreisen, die infolge stark rückläufiger Energiepreise merklich nachgeben werden. Im weiteren Prognosezeitraum wird die Exportentwicklung dann von der Auslandsnachfrage determiniert. Nach einer Flaute zur Jahresmitte 2023 werden die deutschen Ausfuhren im weiteren Prognosezeitraum im Zuge der konjunkturellen Belebung in den USA und im Euroraum wieder etwas anziehen.

Alles in allem werden die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen in diesem Jahr im Verlauf preisbereinigt um 4,9% und im kommenden Jahr um 2,2% zunehmen. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung ergibt sich ein Plus von 3,8% im Jahr 2023 und von 2,0% im Jahr 2024.

Im vergangenen Jahr sind die Einfuhren stärker gewachsen als die Ausfuhren. Im Jahresverlauf 2022 nahmen sie preisbereinigt um 2,6% zu; im Jahresdurchschnitt betrug der Zuwachs aufgrund des beträchtlichen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr 6%. Einen wesentlichen Anteil an der dynamischeren Entwicklung auf der Einfuhrseite hatten die Dienstleistungsimporte. So stiegen die Ausgaben für Transportleistungen im Jahr 2022 preisbereinigt um rund 36%; die Ausgaben für den Reiseverkehr wurden sogar um fast 80% ausgeweitet und lagen am Ende des Jahres wieder über dem Vorkrisenniveau.

Im Prognosezeitraum werden die Einfuhren aufwärts gerichtet bleiben. In der ersten Jahreshälfte 2023 werden sie infolge nachlassender Materialengpässe und sinkender Einfuhrpreise etwas stärker expandieren. Dass die Importnachfrage nicht stärker anzieht, liegt am privaten Verbrauch, der zu Beginn dieses Jahres noch rückläufig ist. Rückenwind kommt hingegen von den Dienstleistungsimporten. So zeichnet sich ab, dass die Deutschen in diesem Jahr ihre Ausgaben für Auslandsreisen noch einmal deutlich ausweiten werden.

Alles in allem werden die Einfuhren von Waren und Dienstleistungen im Verlauf preisbereinigt um 3,0% im Jahr 2023 und um 2,6% im Jahr 2024

Tabelle 6

Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹ in Deutschland in Prozentpunkten

	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt ²	1,8	0,0	1,2
Inlandsnachfrage	2,9	-0,3	1,2
Konsumausgaben	2,4	-0,3	1,0
Private Haushalte	2,1	-0,6	0,7
Staat	0,3	0,3	0,3
Anlageinvestitionen	0,1	-0,3	0,2
Ausrüstungen	0,2	0,1	0,2
Bauten	-0,2	-0,6	-0,2
Sonstige Anlagen	0,1	0,2	0,2
Vorratsveränderung	0,5	-0,2	0,0
Außenbeitrag	-1,2	0,8	0,0
Ausfuhr	1,4	1,9	1,0
Einfuhr	-2,5	-1,1	-1,0

¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

² In %

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK, ab 2023 Prognose des IMK.



steigen. Das entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs um 2,5% in diesem und um 2,2% im nächsten Jahr (Tabelle 1).

Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zum BIP wird in diesem Jahr stark positiv (0,8 Prozentpunkte) und im nächsten Jahr Null sein (Tabelle 6). Der Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP wird 2023 wieder deutlich ansteigen und in beiden Prognosejahren bei etwa 6% liegen.

Rückläufige Außenhandelspreise infolge sinkender Energiepreise

Im vergangenen Jahr sind die Außenhandelspreise drastisch gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2022 lagen die Einfuhrpreise um 26,3% über denen des Vorjahres; bei den Ausfuhrpreisen betrug das Plus 14,6%. Damit verzeichneten sowohl die Import- als auch die Exportpreise ihren stärksten Anstieg seit der ersten Ölkrise 1973/74; seinerzeit hatten sich Einfuhren um 28,6% und Ausfuhren um 16,9% verteuert.

Die Entwicklung der Außenhandelspreise war 2022 maßgeblich von den hohen Energiepreisen infolge des Ukrainekriegs geprägt. So verteuerten sich eingeführte Energieträger gegenüber dem Vorjahr drastisch (111,2%), wobei Erdgas (178,5%) und Erdöl (57,8%) wegen ihres hohen Wägungsanteils im Gesamtindex besonders stark zu Buche schlu-

gen. Der Importpreisindex ohne Energie stieg im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt um 13,6%. Allerdings verzeichneten die verschiedenen Gütergruppen unterschiedlich starke Preissteigerungen: Während sich importierte Vorleistungen infolge anhaltender Lieferengpässe und hoher Energiepreise überproportional verteuerten (18,9%), stiegen die Preise für eingeführte Investitions- (7,3%) und Konsumgüter (11,4%) unterdurchschnittlich. Ein ähnliches Bild ergibt sich auf der Ausfuhrseite, wo die Preise für Vorleistungen ebenfalls kräftig anzogen (17,5%), während die Preise für Investitions- (6,6%) und Konsumgüter (10,4%) deutlich weniger stark zunahmen. Dies deutet auf begrenzte Preisüberwälzungsspielräume in diesen Segmenten hin.

Seit dem Sommer 2022 hat sich die Lage an den Energiemärkten merklich entspannt, so dass die Preise für fossile Energieträger in den vergangenen Monaten bereits stark nachgegeben haben. Der Gaspreis ist im ersten Quartal dieses Jahres noch einmal stark zurückgegangen und dürfte im weiteren Prognoseverlauf bei etwa 60 Euro pro Megawattstunde liegen, während der Ölpreis im gesamten Prognosezeitraum leicht rückläufig sein wird.

Alles in allem dürfte der Importdeflator in diesem Jahr um 5,2% und im kommenden Jahr um 1,4% sinken. Der Exportdeflator wird ebenfalls zurückgehen, wenngleich weniger stark (2023: -2,1%, 2024: -0,6%). Dementsprechend werden sich die Terms of Trade in diesem Jahr stark (3,3%) und im kommenden Jahr noch einmal deutlich (0,7%) verbessern, nachdem sie sich im Jahr 2022 drastisch verschlechtert hatten (-4,7%).

Ausrüstungsinvestitionen auf moderatem Expansionskurs

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten im Verlauf des vergangenen Jahres saisonbereinigt mit 4,5% recht kräftig. Dabei wurde der Verlauf im zweiten Halbjahr durch die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen geprägt, bei denen auch die Anschaffung militärischer Waffensysteme berücksichtigt werden. So stiegen die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal um 36,1% und fielen im vierten Quartal um 28%. Im Jahresdurchschnitt 2022 nahmen die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt aufgrund eines hohen statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr nur um 3,3% zu.

Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen moderat ausgeweitet werden. Da die Auftragseingänge zuletzt wieder aufwärtsgerichtet waren und die Auftragsbestände sich noch auf einem hohen Niveau befinden, wird es mit der sich abzeichnenden Überwindung der Lieferengpässe zu einer stetigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen kommen. Gestützt wird diese Erwartung von den optimistischeren ifo-Geschäftserwartungen der Unternehmen. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende

Gewerbe im März nunmehr das fünfte Mal in Folge gestiegen, vor allem getrieben durch die deutlich verbesserten Geschäftserwartungen. Auch der IMK Konjunkturindikator spiegelt diese optimistischere Einschätzung der Unternehmen wider und weist im Februar den zweiten Monat in Folge auf ein moderates Wachstum der Industrieproduktion hin (► **Abbildung G auf Seite 25**).

Für den weiteren Prognosezeitraum dürften die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit aufgrund des Transformationsprozesses hin zur klimaneutralen Industrieproduktion verstärkt ausweiten. Zudem dürften umfangreiche fiskalpolitischen Impulse die Investitionstätigkeit anregen. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen werden während des Prognosezeitraums aufgrund der beschlossenen drastischen Ausweitung der Militärausgaben in beiden Jahren dynamisch expandieren.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um 3% expandieren; im Jahresdurchschnitt steigen sie allerdings nur um 1,4%. Im Jahresverlauf 2024 ist ebenfalls mit einer Zunahme um 3% zu rechnen, im Jahresdurchschnitt in einer ähnlichen Größenordnung um 2,6% (**Abbildung 1, Tabelle 1**).

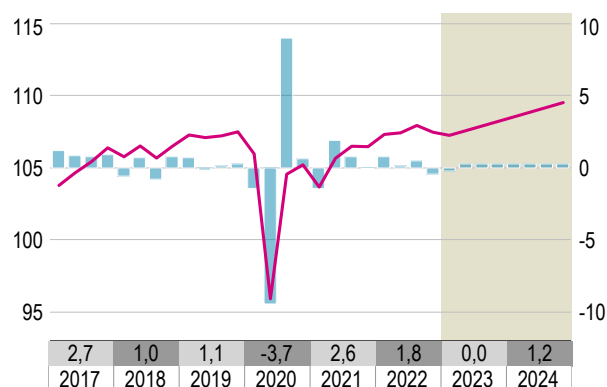
Verschlechterte Finanzierungsbedingungen und hohe Baukosten belasten die Baukonjunktur

Die Bauinvestitionen insgesamt sanken im Jahresverlauf 2022 um 3,5%; im Jahresdurchschnitt um 1,7%. Dabei war insbesondere der private Wohnungsbau stark rückläufig. Aber auch die öffentlichen Bauinvestitionen und der Wirtschaftsbau gaben deutlich nach. Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen haben die drastisch gestiegenen Baupreise; der Deflator stieg um 15,9%. Auch die Finanzierungsbedingungen haben sich grundlegend verschlechtert. Die Zinsen für neu zu vergebende Wohnungsbaukredite sind von 1,4% im Januar 2022 bis zum Januar 2023 auf 3,7% gestiegen und das Volumen für das Neugeschäft bei Wohnungsbaukrediten an private Haushalte hat sich im selben Zeitraum nahezu halbiert.

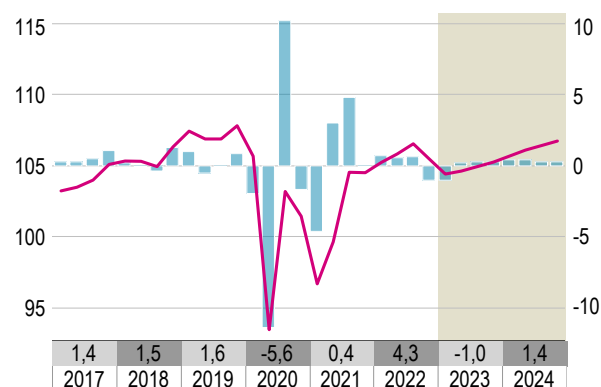
Im Prognosezeitraum werden sich die Finanzierungsbedingungen infolge der jüngsten Zinsanhebungen der EZB nochmals verschlechtern. Auch der Preisauftrieb für Baumaterialien dürfte anhalten, wenngleich abgeschwächt. Dies wird in diesem Jahr zu einem temporären Einbruch bei den Bauinvestitionen führen. Darauf deuten auch die sehr pessimistischen Geschäftserwartungen der Bauunternehmen hin. Zudem sind die Auftrags-eingänge, insbesondere beim Wohnungsbau, seit längerem stark rückläufig. Dies schlägt sich auf den Auftragsbestand nieder, dessen Reichweite sich deutlich verkürzt hat. Eine ähnlich negative Entwicklung zeigt sich bei den für die mittelfristige Perspektive relevanten erteilten Baugenehmigungen. Dem Rückgang etwas entgegenwirken

Konjunktur in Deutschland

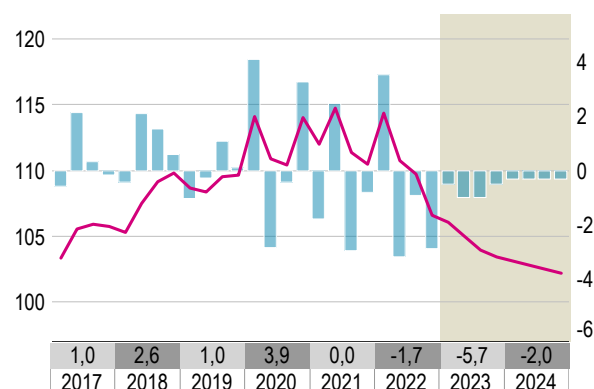
Bruttoinlandsprodukt



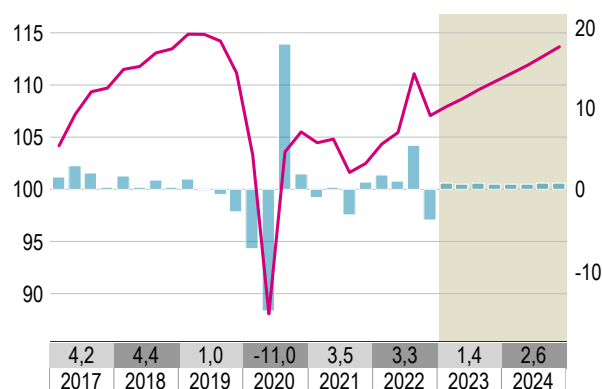
Private Konsumausgaben



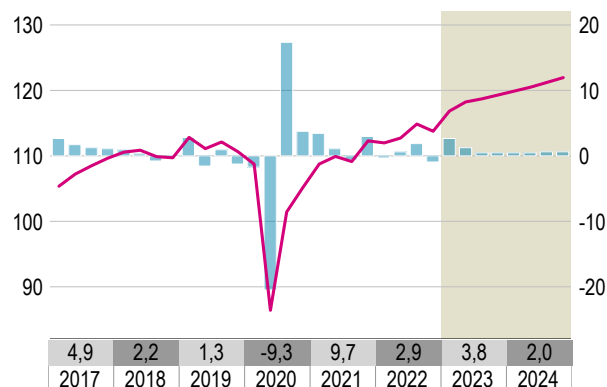
Bauinvestitionen



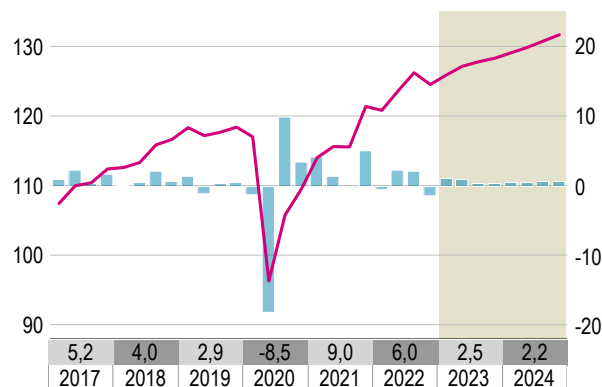
Ausstattungsinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



— Kettenindex (2015 = 100, linke Skala)
 — Prognose des IMK

■ Veränderung ggü. dem Vorquartal in % (rechte Skala)
 ■ Jahresdurchschnittsr.

Saison- und kalenderbereinigte Verläufe. 1. Quartal 2017 - 4. Quartal 2024. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3HHlaOW>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

dürfte, dass infolge hoher Energiepreise vermehrt in energetische Sanierungen investiert wird. Unterstützt werden die Sanierungsvorhaben durch die jüngst angepasste und verbesserte Bundesförderung für effiziente Gebäude. So ist beispielsweise der Kreis der Antragsberechtigten erweitert worden und die Materialkosten bei Eigenleistungen werden nunmehr gefördert. Die Wohnungsbauinvestitionen werden von der Erhöhung des linearen Abschreibungssatzes für Wohnneubauten von 2 auf 3% und der zum Jahresbeginn wieder eingeführten Sonderabschreibung im Mietwohnungsbau sowie weiteren Förderprogrammen profitieren.

Alles in allem wird der Rückgang der Bauinvestitionen insgesamt im Verlauf des Jahres 2023 3% betragen, im Durchschnitt aufgrund des hohen statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr sogar 5,7%. Im kommenden Jahr dürften sie im Durchschnitt nochmals um 2% sinken, im Verlauf allerdings nur noch um 1,2% (Abbildung 1, Tabelle 1).

Hohes Preisniveau dämpft den privaten Konsum

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte setzten ihren Erholungskurs nach dem coronabedingten drastischen Einbruch trotz der starken Preissteigerungen bis zum Herbst 2022 fort. Im Endquartal kam es dann zu einem markanten Rückgang von einem Prozent. Dennoch stiegen die privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf 2022 um 0,9%. Im Jahresdurchschnitt expandierten sie aufgrund eines außerordentlich hohen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr sogar um 4,3%. Dennoch lagen sie zum Jahresende immer noch um gut 2% unter dem Vorpandemieniveau.

Der Rückgang im vierten Quartal betraf insbesondere die Bereiche Freizeit, Unterhaltung und Kultur sowie die Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, die sich zuvor besonders dynamisch erholt hatten. Aber auch die realen Umsätze im Einzelhandel gingen deutlich zurück. Im ersten Quartal 2023 dürfte es zu einem nochmaligen Rückgang kommen. Darauf deuten die preisbereinigten Januarumsätze des Einzelhandels aber auch die Umsätze des Gastgewerbes hin, die unter dem Durchschnitt des Endquartals 2022 liegen. Da sich die Inflation im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums merklich beruhigt und die Realeinkommen der privaten Haushalte verbessern, wird es zu einer moderaten Erholung des privaten Konsums kommen, die sich auch über das nächste Jahr erstrecken dürfte. Unterstützt wird diese Entwicklung durch den weitergehenden – wenn auch schwächeren – Abbau der hohen Ersparnisse aus den Jahren der Pandemie. Diese werden für die Kompensation der Kaufkraftverluste der aktuellen Einkommen verwendet, um das Konsumniveau zumindest teilweise zu halten. Auch die Zahlungen an

die Haushalte aus der Gas- und Strompreisbremse werden sich positiv auswirken.

Die sich bessernde Einkommenssituation im Prognosezeitraum resultiert zum einen von der zunehmenden Beschäftigung und zum anderen werden die Tariflöhne in beiden Jahren in einer Größenordnung von 3,7% und 4,0% zunehmen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden in diesem Jahr um 4,1% steigen; im nächsten Jahr um 5,1%. Die Entnahmen aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften in diesem Jahr stagnieren; im nächsten Jahr werden sie nur wenig zunehmen (1%). Alles in allem steigen die nominal verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 2,5% und 2024 um 3,0%. Die nominalen Konsumausgaben nehmen in diesem Jahr um 4,1% und im nächsten Jahr um 3,7% zu. In beiden Jahren trägt ein Rückgang der Sparquote dazu bei; in diesem Jahr um 1,4 Prozentpunkte von 11,4% auf 10,0%, im kommenden Jahr um weitere 0,6 Prozentpunkte auf 9,4%.

Bei einer Zunahme des Konsumdeflators um 5,1% in diesem Jahr und 2,3% im nächsten Jahr sinken die realen privaten Konsumausgaben 2023 im Jahresdurchschnitt um 1% deutlich. Im kommenden Jahr steigen sie im Jahresdurchschnitt um 1,4% (Abbildung 1, Tabelle 1). Die Jahresverlaufsrate – die die konjunkturelle Dynamik besser abbilden – weisen für dieses Jahr mit -0,2% nur einen leichten Rückgang aus. Im nächsten Jahr entspricht die Expansionsdynamik mit 1,4% der Jahresdurchschnittsrate.

Nachdem die privaten Konsumausgaben im vergangenen Jahr mit 2,1 Prozentpunkten noch einen außerordentlich hohen Beitrag zum BIP-Wachstum beisteuerten, wird er in diesem Jahr spürbar negativ ausfallen (-0,6 Prozentpunkte). Im Jahr 2024 wird er dann mit 0,7 Prozentpunkten gut die Hälfte zum BIP-Wachstum von 1,2% beitragen (Tabelle 6).

Öffentliche Haushalte: Defizit sinkt erst 2024

Für die öffentlichen Haushalte hat sich der Ausstieg aus dem Krisenmodus durch den Krieg in der Ukraine und seine weltweiten Auswirkungen weiter verzögert. Während sich die Effekte der allmählichen Überwindung der Coronakrise, anderer diskretionärer Maßnahmen und neuer Entlastungen im Zusammenhang mit dem starken Anstieg von Energie- und Lebensmittelpreisen im vergangenen Jahr nahezu die Waage hielten, ergibt sich in diesem Jahr ein fiskalischer Gesamtimpuls von gut 40 Mrd. Euro (1,0% des BIP; Tabelle 7, Infobox 1). Hierbei spielen neben den Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung auch erhöhte Verteidigungsausgaben und Aufwendungen für Geflüchtete eine wichtige Rolle. Wenngleich einige Maßnahmen bis ins kommende Jahr reichen, dürfte der fiskalische Impuls aufgrund auslaufender Maßnahmen im Jahr 2024 stark negativ sein (knapp -27 Mrd. Euro bzw. -0,6% des BIP).

In diesem Jahr dürften die Ausgaben mit 4,2% ähnlich stark zunehmen wie im vergangenen Jahr, wobei sich die einzelnen Ausgabenkategorien sehr unterschiedlich entwickeln. Einen drastischen Anstieg verzeichnen die Subventionen, bei denen sich vor allem die Ausgaben für die Strom- und die Gaspreisbremse niederschlagen, sowie die Zinszahlungen im Zuge deutlich gestiegener Renditen. Die monetären Sozialleistungen nehmen ebenfalls kräftig zu, wofür Transferleistungen für Geflüchtete, die deutliche Anhebung des Kindergeldes sowie weiterer Transfers (Bürgergeld, Wohngeld) und steigende Rentenzahlungen maßgeblich sind. Ein spürbarer Zuwachs ist auch bei den öffentlichen Bruttoinvestitionen zu erwarten, wo sich unter anderem steigende Rüstungsinves-

titionen niederschlagen dürften, sowie bei den Arbeitnehmerentgelten infolge der etwas höheren Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Die Ausgaben für Vorleistungen dürften hingegen langsamer ausgeweitet werden. Die Vermögenstransfers werden in diesem Jahr deutlich sinken, da die zunehmenden Investitionszuschüsse aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) geringer ausfallen als die Verlustübernahmen für Gasimporteure im Jahr zuvor. Ein deutlicher Rückgang ist auch bei den sonstigen laufenden Transfers zu erwarten, weil diese im vergangenen Jahr durch die damals gezahlten Energiepreispauschalen für Erwerbstätige und RentnerInnen erhöht waren, die sich im laufenden Jahr nicht wiederholen.

Die Einnahmen steigen nach den kräftigen Zuwächsen der vergangenen beiden Jahre in diesem Jahr mit nur 3,5% deutlich langsamer. Dabei entwickeln sich die Steuereinnahmen unterdurchschnittlich, nicht zuletzt, weil die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen einschließlich der Inflationsausgleichsprämie zu Mindereinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe führen. Bei den Sozialbeiträgen kompensieren sich in diesem Jahr die Mindereinnahmen durch die Inflationsausgleichsprämie und die Mehreinnahmen durch Beitragssatzanhebungen bei der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung. Damit steigt das gesamtstaatliche Budgetdefizit nach einem Rückgang im Jahr 2022 wieder deutlich auf 118,4 Mrd. Euro (2,9% des BIP).

Im kommenden Jahr werden die öffentlichen Finanzen durch den Ausstieg aus dem Krisenmodus geprägt. Dieser macht sich vor allem auf der Ausgabenseite bemerkbar, wo insbesondere die Subventionen drastisch zurückgehen. Angesichts deutlich niedrigerer Strom- und Gaspreise im Großhandel dürften die Preisbremsen kaum noch in Anspruch genommen werden. Auch die Vermögenstransfers dürften abermals sinken. Die monetären Sozialleistungen, die Arbeitnehmerentgelte und die Bruttoinvestitionen dürften etwas langsamer zulegen. Insgesamt werden die staatlichen Ausgaben nur um 1,9% ausgeweitet.

Die Einnahmen werden demgegenüber etwas rascher zunehmen. Bei den direkten Steuern ist erneut mit deutlichen Mindereinnahmen durch das Inflationsausgleichsgesetz und die Inflationsausgleichsprämie zu rechnen. Das Aufkommen der indirekten Steuern profitiert hingegen vom Auslaufen temporärer Steuersenkungen etwa bei der Umsatzsteuer auf Gas und gastronomische Dienstleistungen. Bei den Sozialbeiträgen führt die Inflationsausgleichsprämie, die noch bis Ende 2024 steuer- und abgabenfrei gewährt werden kann, erneut zu Mindereinnahmen. Insgesamt dürften die Einnahmen im kommenden Jahr um 3,9% und damit stärker als die Ausgaben steigen. Damit vermindert sich das Defizit auf 82,4 Mrd. Euro (2,0% des BIP).

Tabelle 7

Fiskalische Impulse durch diskretionäre Maßnahmen 2023 und 2024 gegenüber dem Vorjahr, in Mrd. Euro¹

	2023	2024
Gebietskörperschaften	9,7	1,8
Alterseinkünftegesetz	1,6	1,6
2. Familienentlastungsgesetz	0,5	-0,1
Teilabschaffung Solidaritätsbeitrag	0,4	0,4
Behindertenpauschbeträge	0,2	0,0
Jahressteuergesetz 2020	-0,7	-0,3
Förderung von Forschung und Entwicklung	0,1	0,0
Jahressteuergesetz 2022	3,1	-0,2
CO ₂ -Bepreisung (planmäßig gem. BEHG) ²	-2,1	-4,2
Erhöhung der LKW-Maut	-0,7	0,0
Tabaksteuermodernisierungsgesetz	-0,6	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-0,6	1,7
Zusätzliche Ausgaben für Investitionsförderung des EKf bzw. KTF	6,0	3,0
Strukturstärkung Kohleregionen	0,5	-0,1
Aufbauhilfe Flut 2021	2,0	0,0
Sozialversicherung	-6,1	0,6
Anhebung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung	-2,6	0,0
Anpassung der Renten Ost	0,5	0,5
Grundrente	-0,8	0,0
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	0,1	0,1
Anhebung der Zusatzbeiträge in der GKV	-3,3	0,0
Zwischensumme	3,6	2,4
Corona-Maßnahmen	-17,9	-10,5
Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg und hohen Energiepreissteigerungen	54,6	-18,7
Entlastungspakete 1 und 2 ⁴	-21,9	1,1
Erhöhte Verteidigungsausgaben	6,0	3,0
Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine	3,0	-1,5
3. Entlastungspaket ⁴	42,5	7,7
Gaspreisbremse, Strompreisbremse, weitere Entlastungsmaßnahmen ³	25,0	-29,0
Insgesamt	40,2	-26,8
in % des BIP	1,0	-0,6

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

² Durch das dritte Entlastungspaket wird diese Anhebung verschoben. Die Verschiebung ist beim Entlastungspaket erfasst.

³ Steuerrechtsänderungen laut BMF (2020, 2021, 2022) ohne die in dieser Tabelle gesondert aufgeführten Maßnahmen sowie BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software.

⁴ Zu den Einzelmaßnahmen vgl. Tabelle 8 in Infobox 1.



Infobox 1: Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung

Zusätzlich zu umfangreichen Maßnahmen im Rahmen von drei Entlastungspaketen hat die Bundesregierung im Herbst 2022 das in der Coronakrise geschaffene Sondervermögen „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ mit 200 Mrd. Euro zur Finanzierung von Unternehmenshilfen sowie Entlastungen bei den Strom- und Gaspreisen ausgestattet. Im Bundeshaushalt 2023 sind allein für die Strom- und Gaspreisbremsen 83 Mrd. Euro veranschlagt. Zusätzlich stehen knapp 10 Mrd. Euro für institutionelle Härtefälle, insbesondere Krankenhäuser, bereit.

Seit dem Höchststand im Spätsommer 2022 sind die Gas- und Strompreise im Großhandel deutlich gefallen. Damit ist absehbar, dass die budgetierten Mittel nur zu einem Teil abfließen. Das Entlastungsvolumen bei den Preisbremsen unterliegt jedoch einer hohen Unsicherheit, weil es beim Strom- und Gaspreis für Haushalte und Unternehmen nicht nur auf den aktuellen Börsenpreis ankommt, sondern auch auf die tatsächlichen Beschaffungskosten der Anbieter, die verzögert weitergegeben werden.

Tabelle 8 zeigt das Gesamtvolumen der Entlastungen mit Ausnahme der Beteiligungen bzw. Verlustübernahmen bei Energieunternehmen, die im vergangenen Jahr gut 20,6 Mrd. Euro betrugen.¹ Mit knapp 100 Mrd. Euro fällt das Entlastungsvolumen in diesem Jahr am höchsten aus. Nach den Preisbremsen sind die steuerlichen Entlastungen im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes – Anhebung von Grundfreibetrag, Kindergeld, Kinderfreibetrag und Freigrenze beim Solidaritätszuschlag sowie die Verschiebung von Eckpunkten des Einkommensteuertarifs – und die Steuer- und Abgabenbefreiung bei der Inflationsausgleichsprämie in diesem Jahr quantitativ am bedeutsamsten. Im kommenden Jahr machen sie mehr als die Hälfte der Entlastungen aus, während bei den Preisbremsen kaum noch Zahlungen anfallen dürften.

¹ Die Tabelle 8 zeigt das Entlastungsvolumen im Vergleich zur Situation ohne Entlastung. Sie unterscheidet sich dadurch von der Tabelle 7, die Änderungen gegenüber dem Vorjahr und damit den fiskalischen Impuls ausweist.

Tabelle 8

Entlastungsmaßnahmen : Volumen in Mrd. Euro (relativ zum Fall ohne die zusätzlichen Entlastungsmaßnahmen ab 2022)

	2022	2023	2024
Entlastungspakete 1 und 2			
Entlastungen bei der Einkommensteuer	4,5	4,7	4,6
Temporäre Energiesteuersenkung auf Kraftstoffe	3,2	0,0	0,0
Viertes Corona-Steuerhilfe-Gesetz	0,2	3,5	4,7
9-Euro-Ticket	2,5	0,0	0,0
Vorzeitige Abschaffung der EEG-Umlage	6,6	0,0	0,0
Kindersorfortzuschlag und Einmalzahlungen für Transferbeziehende ¹	1,3	0,5	0,5
Kinderbonus	1,9	0,0	0,0
Energiepreispauschale für Erwerbstätige	10,4	0,0	0,0
Zwischensumme: Entlastungspakete 1 und 2	30,6	8,7	9,8
Entlastungspaket 3			
Energiepreispauschale für Menschen im Ruhestand und Studierende	6,3	1,1	0,0
Heizkostenzuschuss	0,7	0,0	0,0
Wohngeldreform, Bürgergeld, Kinderzuschlag ¹	0,0	7,8	7,8
Anhebung der Midijobgrenze	0,0	1,3	1,3
Inflationsausgleichsgesetz	0,0	18,6	31,8
Steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsprämie	1,0	9,5	12,3
Unternehmensentlastungen (Spitzenausgleich, Energiekostendämpfungsprogramm, Restmittel für Kultur)	3,0	2,7	0,0
Nachfolge des 9-Euro-Ticket	0,0	3,0	4,5
Verlängerung der Kurzarbeitsregelungen	0,1	0,0	0,0
Verlängerung der Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,0	2,8	0,5
Globale Ernährungssicherheit	1,0	0,0	0,0
Vorgezogene vollständige Abzugsfähigkeit von Rentenbeiträgen	0,0	3,2	1,8
Senkung der Umsatzsteuer auf Gas und Verzicht auf CO ₂ -Preiserhöhung 2023	1,3	5,1	2,6
Entfristung der Homeoffice-Pauschale	0,0	0,8	1,1
Zwischensumme: Entlastungspaket 3	13,4	56,0	63,7
Gaspreisbremse	8,5	18,2	2,0
Strompreisbremse (einschl. Netzentgelt und Gewinnabschöpfung)	0,0	11,3	1,5
Mittel für Härtefälle	0,0	4,0	1,0
Summe	52,5	98,1	78,0

Nicht enthalten sind Verlustübernahmen von Gasimporteuren.

¹ Der Kindersorfortzuschlag soll bis zur Einführung einer umfassenden Kindergrundsicherung gezahlt werden.

Quellen: Deutscher Bundestag; BMF; Bundesregierung; Annahmen und Schätzungen des IMK.

Arbeitsmarkt: Anhaltender Beschäftigungsaufbau

Der deutsche Arbeitsmarkt entwickelte sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld im Jahr 2022 erneut ausgesprochen robust. Dabei machten sich im Jahresverlauf die bremsenden Effekte von Ukrainekrieg und sinkenden Realeinkommen infolge der starken Preisanstiege insbesondere bei Energie und Nahrungsmitteln stärker bemerkbar, so dass die Dynamik im Arbeitsmarkt in der zweiten Jahreshälfte schwächer ausfiel als noch in den ersten sechs Monaten.

Im Jahresdurchschnitt 2022 nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 % auf knapp 45,6 Millionen Personen zu. Getragen wurde diese positive Entwicklung allein vom Aufbau der abhängigen Beschäftigung und hier insbesondere der steigenden Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter. Diese nahm im Jahresdurchschnitt um 1,8 % zu. Eine Zunahme verzeichnete auch die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung (Minijobs), die erstmals seit dem Jahr 2014 im Vorjahresvergleich wieder zunahm.

Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit war geprägt von der starken Zunahme an Personen aus der Ukraine. Laut Bundesagentur für Arbeit (2023a) waren im Ausländerzentralregister zum Jahresende 2022 fast 1,2 Millionen ukrainische Staatsangehörige in Deutschland registriert, rund eine Million mehr als zum Beginn der russischen Invasion in der Ukraine Ende Februar 2022.

Knapp zwei Drittel davon waren im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren.

Mit der Entscheidung der Bundesregierung, ukrainischen Geflüchteten zum 1. Juni 2022 den Zugang zu Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende zu ermöglichen, erfolgte auch ihre Erfassung durch die Arbeitsmarktstatistiken. Infolgedessen stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen merklich an, nachdem sie in den ersten fünf Monaten 2022 saisonbereinigt noch zurückgegangen war. Nach aktuellen Informationen der Bundesagentur für Arbeit (2023b) waren im Dezember 2022 fast 180 000 Ukrainerinnen und Ukrainer mehr arbeitslos registriert als im Februar 2022. Am aktuellen Rand lässt sich der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit in Deutschland fast vollständig mit der Integration ukrainischer Geflüchteter erklären (Bundesagentur für Arbeit 2023b).

In der jahresdurchschnittlichen Betrachtung ist diese unterjährige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland allerdings nicht auszumachen. Im Vorjahresvergleich ging sie 2022 um knapp 200 000 Personen zurück. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt bei 5,3 % nach 5,7 % im Jahr 2021.

Trotz aktuell schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – die reale Wirtschaftsleistung schrumpfte im letzten Quartal 2022 und auch für das erste Quartal 2023 wird ein Rückgang erwartet – zeigte sich der deutsche Arbeitsmarkt zum Jahreswechsel 2022/2023 robust. So nahm die Erwerbstätigenzahl in den Monaten Oktober 2022 bis Januar 2023 saisonbereinigt um monatsdurchschnittlich 44 000 Personen zu; die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg in den letzten drei Monaten 2022 um durchschnittlich 28 000 Beschäftigte pro Monat. Die registrierte Arbeitslosigkeit, für die bereits Zahlen bis einschließlich Februar 2023 vorliegen, stagnierte faktisch seit September vergangenen Jahres.

Im Prognoseverlauf dürfte sich das konjunkturelle Umfeld merklich verbessern. Von den besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird auch die Arbeitsmarktentwicklung profitieren. Dabei sind die Abwärtsrisiken nicht zuletzt aufgrund des andauernden Kriegs in der Ukraine und den jüngsten Finanzmarkturbulenzen erheblich.

In diesem Jahr dürfte die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % zunehmen, im kommenden Jahr dann um 0,6 % (Tabelle g). Getragen wird der Zuwachs an Erwerbstätigen in beiden Jahren von dem weiteren Anstieg der abhängigen Beschäftigung; die Zahl der Selbständigen dürfte dagegen weiterhin leicht rückläufig sein.

Sowohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als auch die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung werden in den Jahren 2023 und 2024 zunehmen und den Beschäftigungsaufwuchs tragen. Für die Trendwende bei der – aus gesamtwirtschaftlicher, arbeitsmarktpolitischer wie sozialpolitischer Sicht problematischen

Tabelle g

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitt in 1.000 Personen

	2020	2021	2022	2023	2024
Erwerbstätige Inländer	44.821	44.866	45.431	45.764	46.061
Pendlersaldo	94	114	139	139	139
Erwerbstätige Inland	44.915	44.980	45.570	45.903	46.200
Arbeitnehmer	40.859	41.022	41.662	42.005	42.310
sozialversicherungs- pflichtige Beschäftigung	33.579	33.897	34.509	34.793	35.055
Minijobs	4.290	4.101	4.126	4.182	4.217
Selbständige	4.056	3.958	3.908	3.898	3.891
Arbeitslose ¹	2.695	2.613	2.418	2.515	2.490
Arbeitslosenquote BA ²	5,9	5,7	5,3	5,4	5,3
Erwerbslose ³	1.551	1.536	1.328	1.331	1.311
Erwerbslosenquote ⁴	3,3	3,3	2,8	2,8	2,8
Konjunkturelle Kurzarbeit	2.740	1.823	364	208	63

1 In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

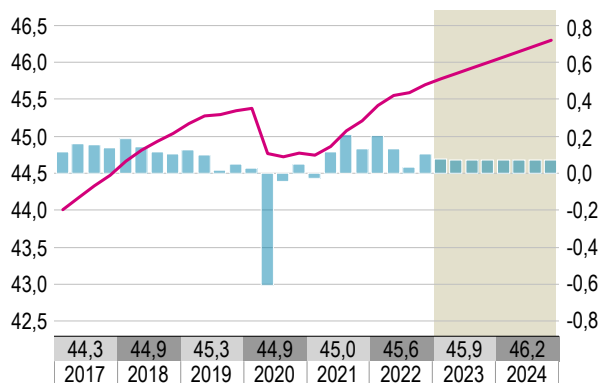
2 In % aller zivilen Erwerbspersonen.

3 In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO).

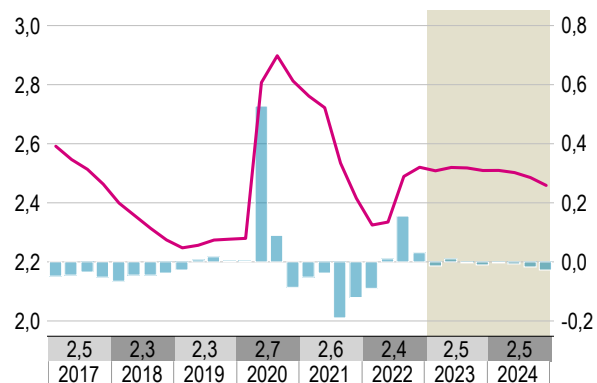
4 In % der inländischen Erwerbspersonen.

Arbeitsmarkt in Deutschland

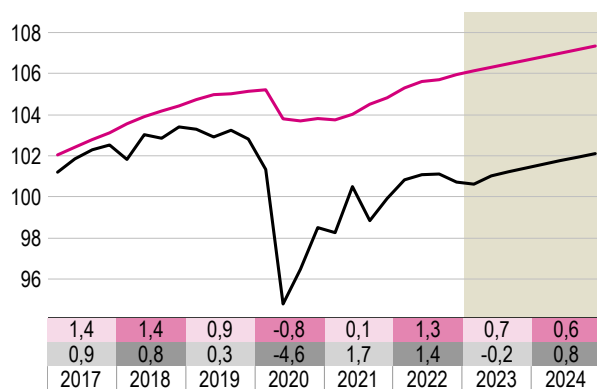
Erwerbstätige (Inland)



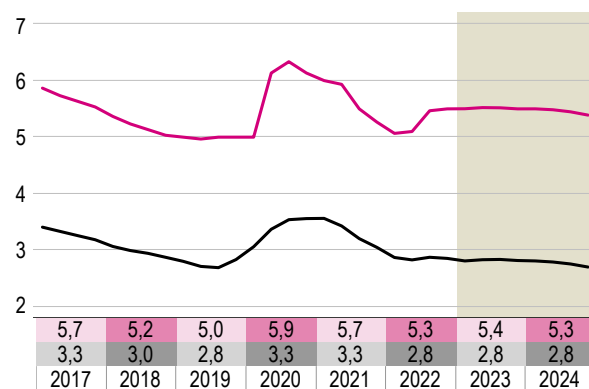
Arbeitslose



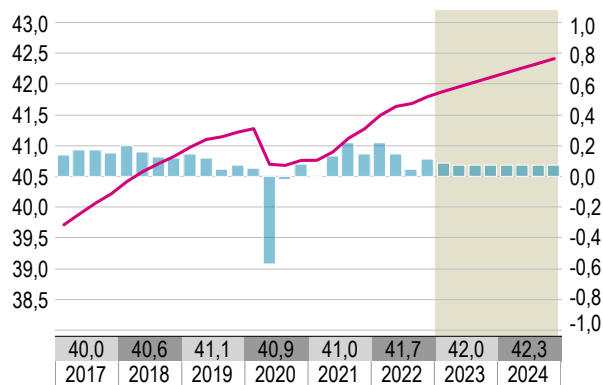
Erwerbstätige und Arbeitsvolumen (2015=100)



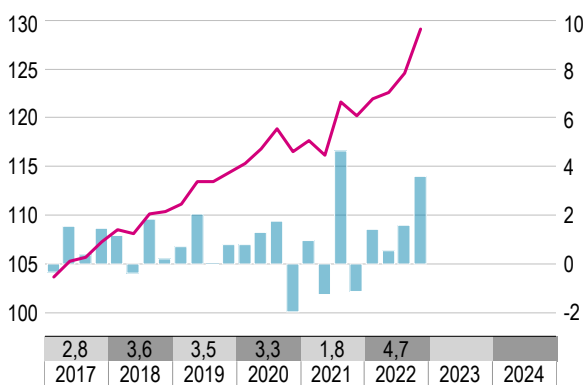
Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote (%)



ArbeitnehmerInnen (Inland)



Effektivverdienste (Stundenbasis, 2015=100)



■ Jeweils in Millionen (linke Skala)
 ■ Veränderung ggü. dem Vorquartal in Millionen (rechte Skala)

 Prognose des IMK

 Jahresdurchschnittsrate

Saisonbereinigte Verläufe. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3FVddFC>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK.

– geringfügigen Beschäftigung dürfte vor allem die Entscheidung der derzeitigen Bundesregierung verantwortlich sein, die Minijobgrenze auf 520 Euro anzuheben und ihre Höhe zukünftig entsprechend dem Mindestlohniveau zu dynamisieren. Auch wenn die Bevorzugung dieser Beschäftigungsform durch ihre Befreiung von der Sozialversicherungspflicht und der Einkommenssteuer aus der Zeit gefallen und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und zukünftiger Engpässe bei qualifizierten Arbeitskräften falsche Anreize setzt, ist die Bundesregierung nicht bereit, diesen arbeitsmarktpolitischen Fehler zu korrigieren.

Insbesondere aufgrund der zu Beginn des Prognosezeitraums schwachen konjunkturellen Entwicklung wird das Arbeitsvolumen 2023 leicht zurückgehen (Abbildung 2). Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird um 0,9 % niedriger ausfallen und erst 2024 wieder etwas zulegen. Dadurch wird im Jahre 2023 erneut Beschäftigung gesichert. Die Kurzarbeit wird am aktuellen Rand – wie schon in den Vormonaten – zunächst weiter zunehmen, bevor sie dann im weiteren Prognoseverlauf im Zuge des verbesserten wirtschaftlichen Umfelds wieder auf das Niveau vor der Coronakrise zurückgehen dürfte. Zudem wirken sich die weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung und die geringere Zahl an Arbeitstagen im Prognosezeitraum negativ auf die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen aus.

Der Produktivitätsfortschritt gemessen als Arbeitsproduktivität je geleisteter Erwerbstätigenstunde wird insgesamt – nicht zuletzt aufgrund der nur mäßigen wirtschaftlichen Dynamik und insbesondere der aktuellen Schwächephase im Winterhalbjahr 2022/2023 – verhalten ausfallen; so wird die Arbeitsproduktivität im Jahr 2023 um 0,2 % und im nächsten Jahr um 0,4 % zunehmen.

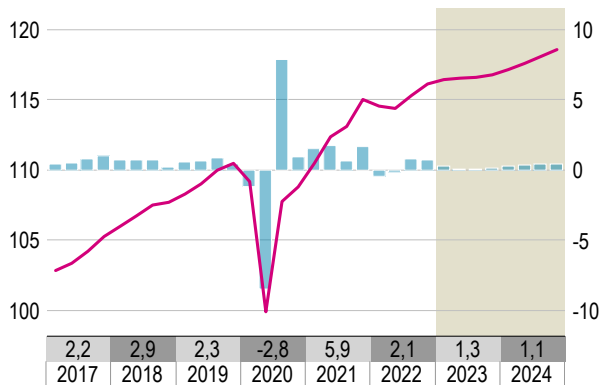
Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird nur teilweise von dem weiteren Beschäftigungsaufbau profitieren. Im Jahresverlauf 2023 ist überwiegend eine seitwärts gerichtete Entwicklung bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen zu erwarten. Aufgrund des Überhangs aus dem Vorjahr und der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung zu Jahresbeginn wird die Arbeitslosenzahl im Vorjahresvergleich 2023 deshalb um durchschnittlich knapp 100 000 Personen höher ausfallen als im Jahr 2022. Die Arbeitslosenquote wird im Jahresdurchschnitt bei 5,4 % liegen. Im Jahr 2024 wird die Arbeitslosigkeit etwas stärker von der anhaltend günstigen Arbeitsmarktsituation profitieren und dürfte etwas zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird dann im Jahresdurchschnitt bei 5,3 % liegen.

Nachdem die Entwicklung der Tarif- und der Effektivverdienste auf Stundenbasis im Jahr 2022 mit Zuwachsraten von 2,2 % beziehungsweise 4,7 % sehr unterschiedlich ausgefallen war – was auch eine Folge der drei Mindestlohnhebungen 2022 gewesen sein dürfte – wird die Lohndrift im Prognosezeitraum wieder niedriger ausfallen und

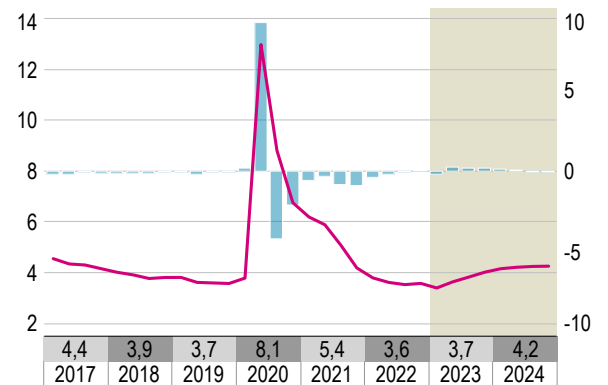
die Zuwächse von Tarif- und Effektivverdiensten werden wieder stärker synchron verlaufen. In den aktuellen Zeiten hoher Preissteigerungsraten steht die Tarifpolitik vor der großen Herausforderung, dass einerseits die abhängig Beschäftigten durch die starken Anstiege der Verbraucherpreise erhebliche Reallohnverluste erfahren, andererseits aber keine Preis-Lohn-Spirale, die eine noch restriktivere geldpolitische Reaktion der Europäischen Zentralbank zur Folge hätte, initiiert werden sollte. Nicht zuletzt auch aufgrund der Beschäftigungssicherung in der Coronakrise war 2022 das dritte Jahr in Folge, in dem die Reallöhne nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts zurückgingen; inzwischen liegen sie wieder unter dem Niveau des Jahres 2016. Wie schon in den Jahren der Coronakrise spricht aktuell vieles dafür, dass die Tarifpolitik in Deutschland in diesem schwierigen Umfeld weiterhin gesamtwirtschaftlich verantwortungsvoll agieren wird und die Politik mit der geschaffenen Möglichkeit der Inflationsausgleichsprämie die Tarifpartner unterstützt. Im Prognosezeitraum dürften die Effektivverdienste je Arbeitsstunde in beiden Jahren um 4,2 % zunehmen, die Tarifverdienste um 3,7 % und 4,0 %. Diese Entwicklung ist nicht als der Beginn einer Preis-Lohn-Spirale zu verstehen. Vielmehr ist die beobachtbare Persistenz in der Lohnentwicklung den längeren Laufzeiten der Tarifverträge geschuldet, die Planungssicherheit geben und gleichzeitig makroökonomisch stabilisierend wirken.

Konjunktur in den USA

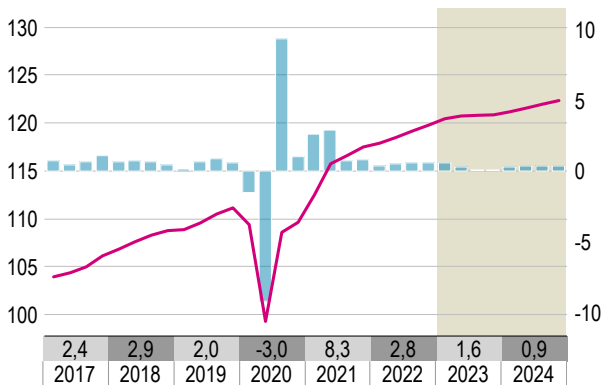
Bruttoinlandsprodukt



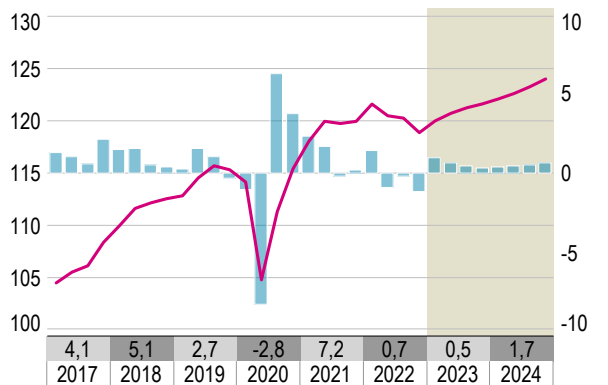
Arbeitslosenquote



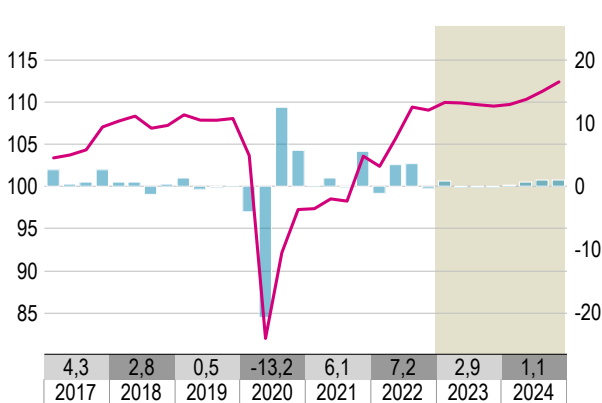
Private Konsumausgaben



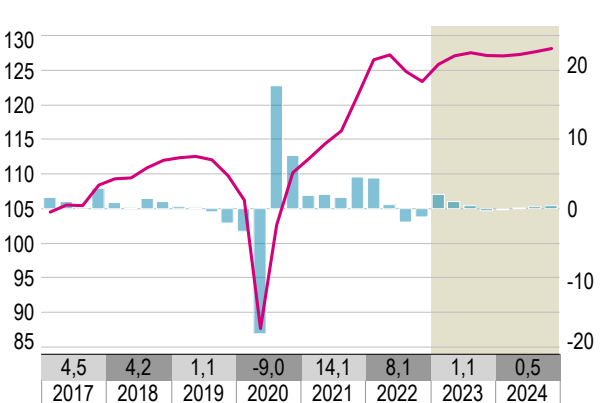
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



Index (2015=100, linke Skala) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in % (rechte Skala)
Prognose des IMK Jahresdurchschnittsrates

Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (2. Abb.) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

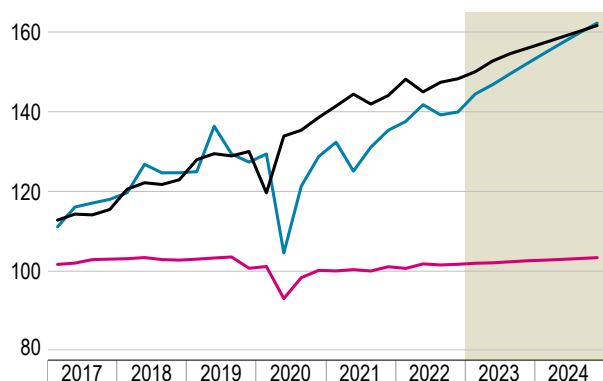
Das US-BIP wuchs im vierten Quartal 2022 mit 0,7 % gegenüber Vorquartal angesichts der hohen US-Zinsen überraschend dynamisch. Dabei wurde das Wachstum mit Ausnahme der Wohnungsbauinvestitionen von allen Verwendungsaggregaten getragen. Frühindikatoren zeigen auch für das erste Quartal 2023 eine Zunahme der Wirtschaftsaktivität. Allerdings wirkt sich im Jahresverlauf die restriktive Geldpolitik verlangsamernd auf das BIP-Wachstum aus, ohne dass es jedoch zu einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit kommt. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 2023 um 1,3 % und 2024 um 1,1 % zunehmen.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3Wig7e>

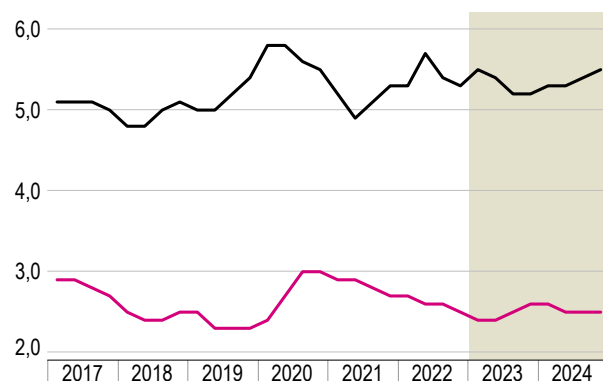
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Asien

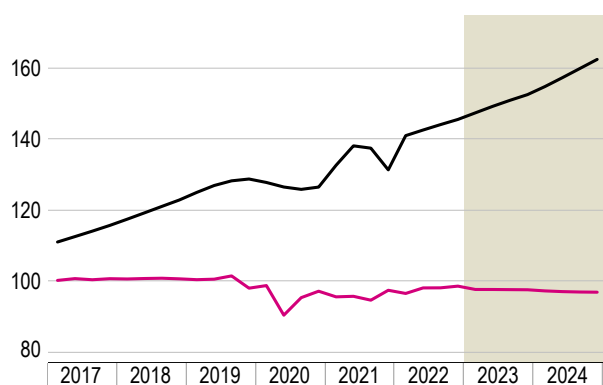
Bruttoinlandsprodukt



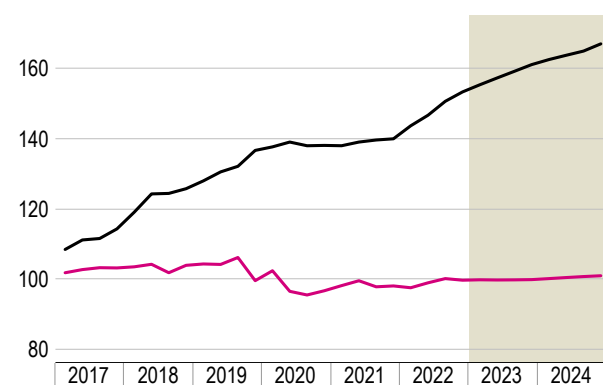
Arbeitslosenquote



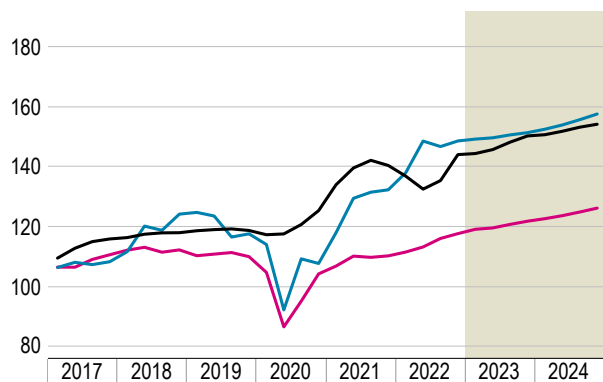
Private Konsumausgaben



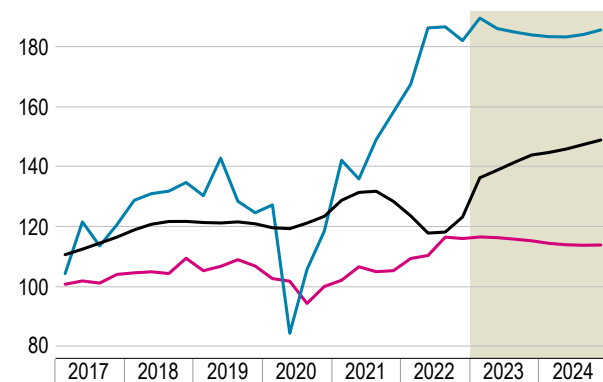
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



Japan (Index 2015=100) Indien (Index 2015=100)
China (Index 2015=100) Prognose des IMK

NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Indien, noch eine explizite Arbeitsmarktmmodellierung. Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

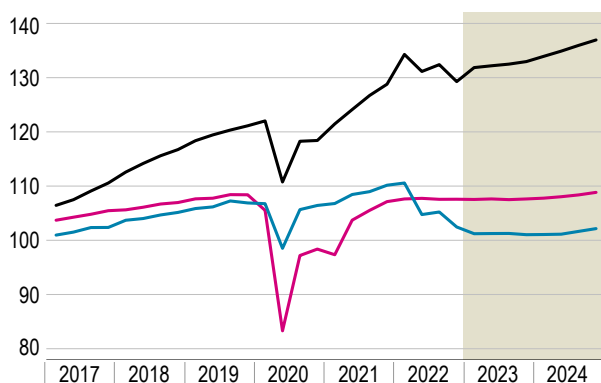
Die japanische Wirtschaft stagnierte im vierten Quartal 2022, nachdem sie im Vorquartal noch geschrumpft war. Auch in Japan bewegt sich die Inflation inzwischen oberhalb des Inflationsziels von 2 %, allerdings ist im Prognosezeitraum nur mit einem Überschreiten um etwa einen Prozentpunkt zu rechnen. Die Geldpolitik wird daher nicht nennenswert restriktiv ausgerichtet. Im Jahresdurchschnitt wird das japanische BIP 2023 und 2024 um 0,8 % zunehmen. Die Wirtschaftsaktivität in China wird im laufenden Jahr durch das Ende der rigiden Eindämmungsmaßnahmen im Rahmen der Null-Covid-Strategie angeregt. Aufgrund der anhaltenden Probleme im Immobiliensektor fällt die Erholung aber schwächer aus als in vergangenen Konjunkturphasen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird daher 2023 nur um 4,2 % und 2024 dann um 4,0 % expandieren. Die Wirtschaft Indiens profitiert von günstigen russischen Energielieferungen. Im Prognosezeitraum wird mit 6,2 % 2023 und 7,0 % 2024 ein hohes gesamtwirtschaftliches Expansionstempo erreicht.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3YqLnrt>

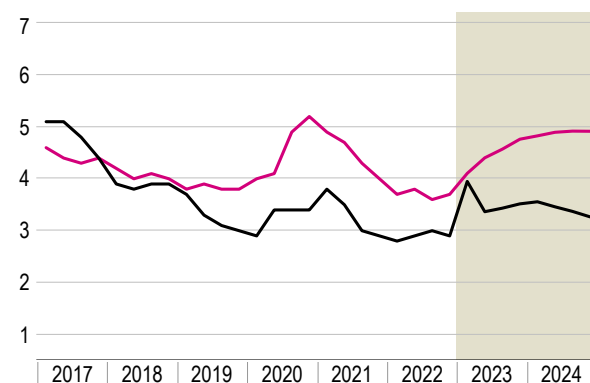
Quellen: NiGEM; Berechnungen des IMK.

Konjunktur in Europa außerhalb des Euroraumes

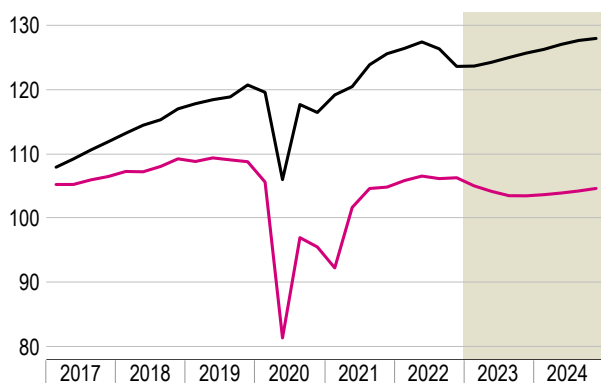
Bruttoinlandsprodukt



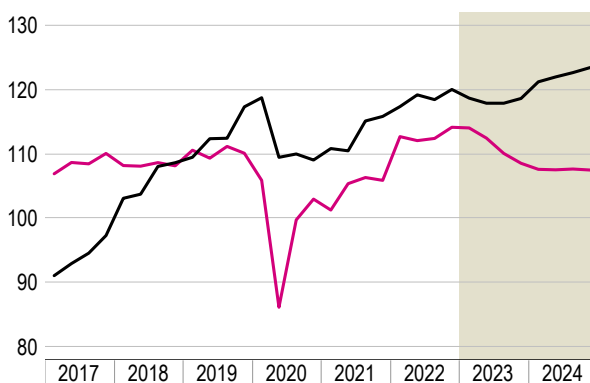
Arbeitslosenquote



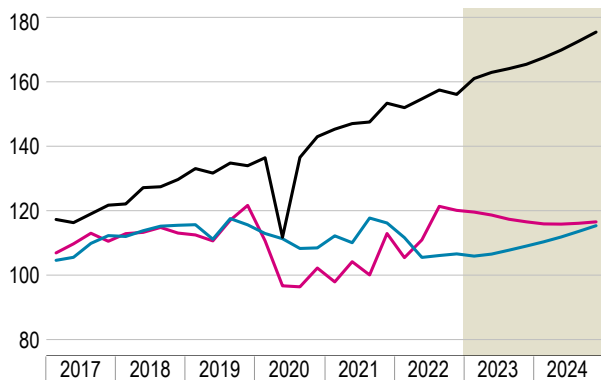
Private Konsumausgaben



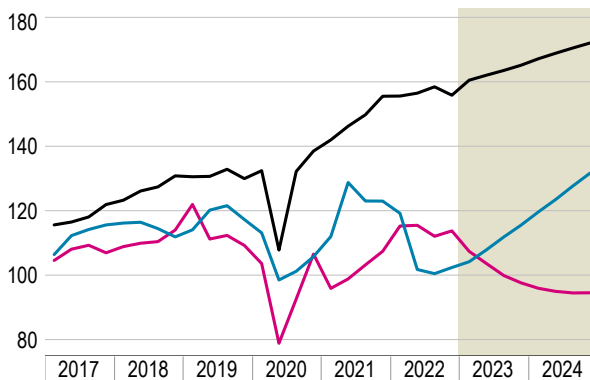
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Vereinigtes Königreich (UK) (Index 2015=100)
 ■ Russland (Index 2015=100)
 ■ Polen (Index 2015=100)
 Prognose des IMK

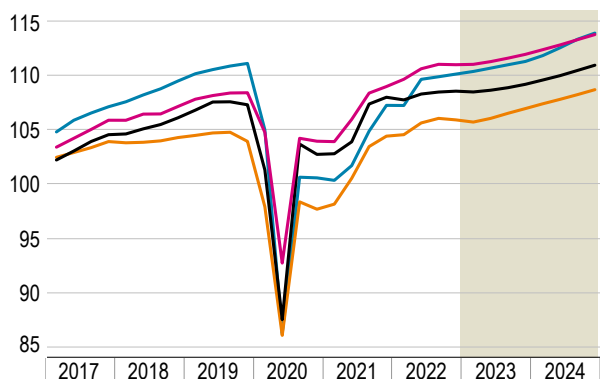
NiGEM bietet weder eine Trennung zwischen Konsum und Investitionen für Russland, noch eine explizite Arbeitsmarktmodellierung. Saisonbereinigte Verläufe. Arbeitslosenquote (Abb. oben rechts) in % der inländischen Erwerbspersonen. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

Die britische Wirtschaftsleistung ist im vergangenen Jahr um 4,1 % gestiegen. In diesem Jahr wird das BIP des Vereinigten Königreichs um 0,1 % zurückgehen, im nächsten Jahr nur moderat um 0,6 % wachsen. Das polnische BIP-Wachstum bleibt im Prognosezeitraum gedämpft. 2023 wird es nur 0,3 % und 2024 nur 2,3 % betragen. Die russische Wirtschaft wird in diesem Jahr um 4,0 % schrumpfen, im nächsten Jahr mit 0,3 % nur äußerst schwach wachsen.

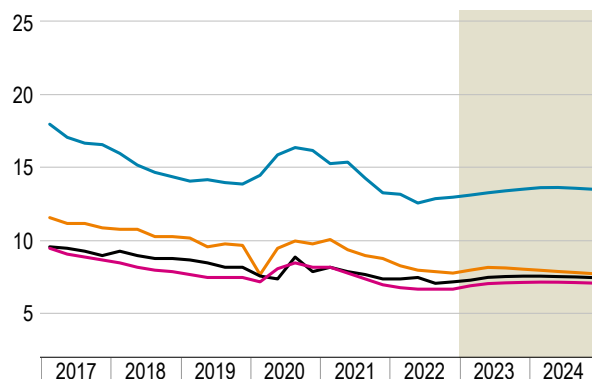
Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3BE56uk>

Konjunktur im Euroraum

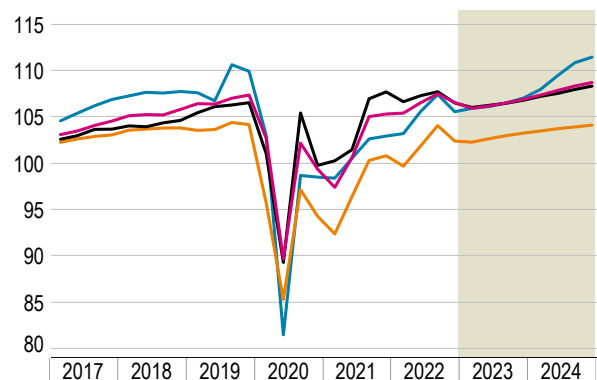
Bruttoinlandsprodukt



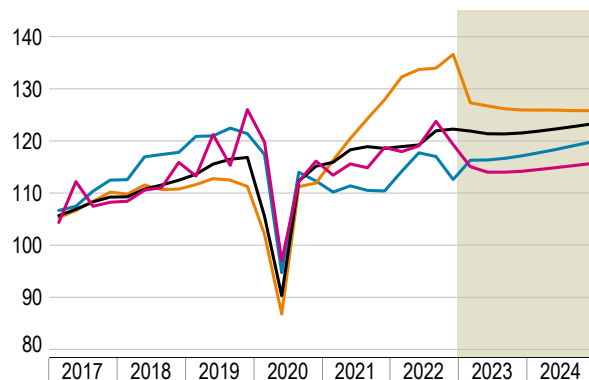
Arbeitslosenquote



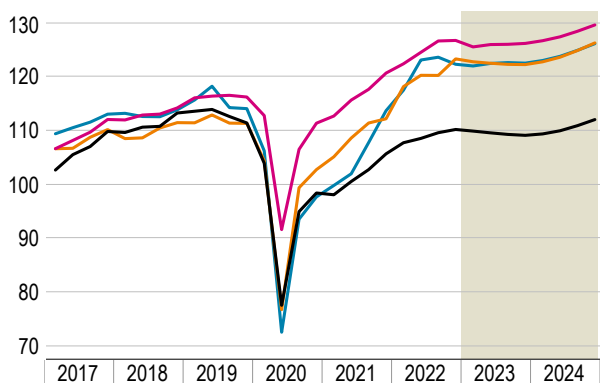
Private Konsumausgaben



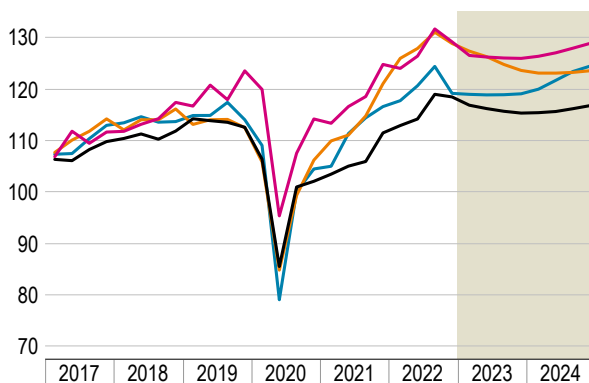
Bruttoanlageinvestitionen



Exporte von Gütern und Dienstleistungen



Importe von Gütern und Dienstleistungen



■ Euroraum (Index 2015=100)
 ■ Spanien (Index 2015=100)
 ■ Frankreich (Index 2015=100)
 ■ Italien (Index 2015=100)

■ Prognose des IMK

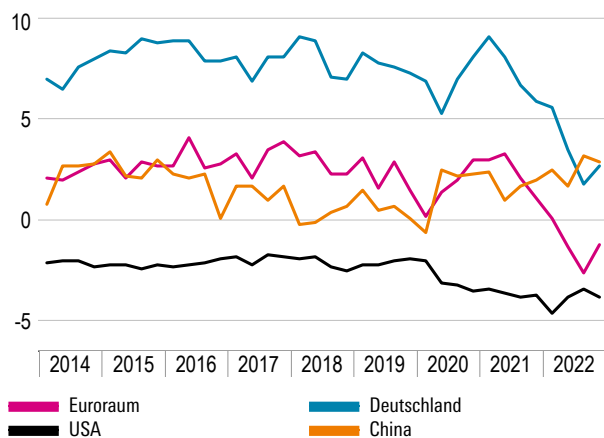
Saisonbereinigte Verläufe. Ab 1. Quartal 2023 Prognose des IMK.

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum hat im vierten Quartal 2022 stagniert. Insgesamt ist das BIP im vergangenen Jahr um 3,5 % gewachsen. Im Prognosezeitraum wird das BIP im Euroraum nur moderat steigen, in diesem Jahr um 0,8 % und im nächsten Jahr um 1,4 %. Das französische BIP wird in diesem Jahr um 0,5 % wachsen, im nächsten Jahr um 1,3 %. Das italienische BIP wird 2023 mit 0,7 % zulegen, 2024 etwas kräftiger mit 1,6 %. Die spanische Wirtschaft, die sich noch immer unter ihrem Vorpandemiestand befindet, wird in diesem Jahr um 1,5 % wachsen, im nächsten Jahr um 1,9 %.

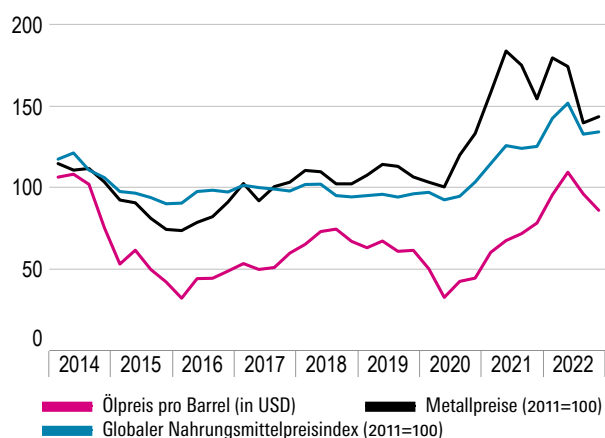
Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3FUg1G1>

Makro- und Finanzstabilität

Leistungsbilanzsaldo
in % des BIP

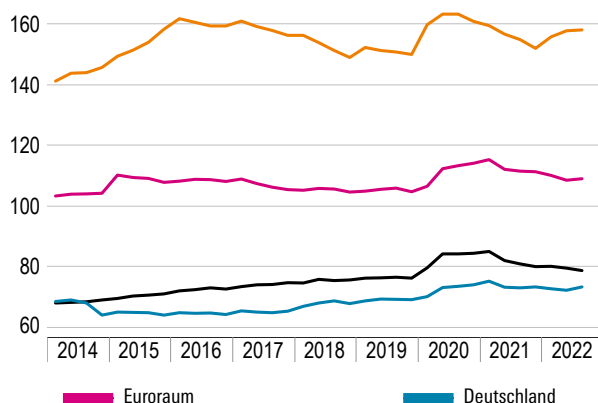


Rohstoffpreise



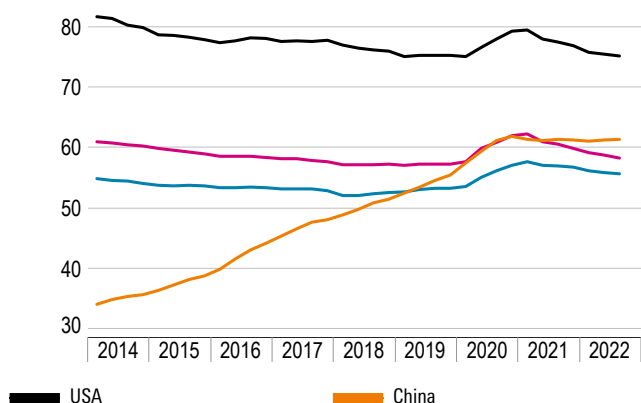
Verschuldung der Unternehmen

Bruttoverschuldung nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften in % des BIP



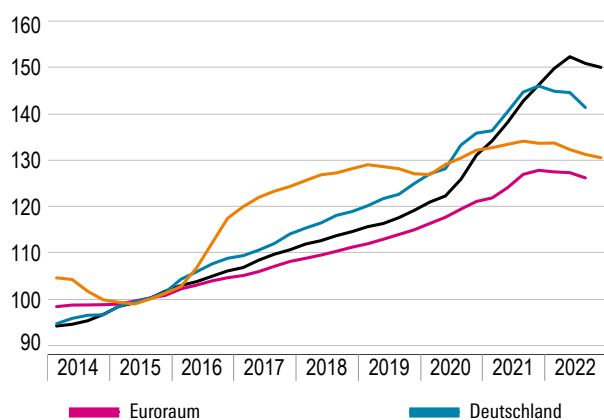
Verschuldung der Haushalte

Bruttoverschuldung Haushalte in % des BIP



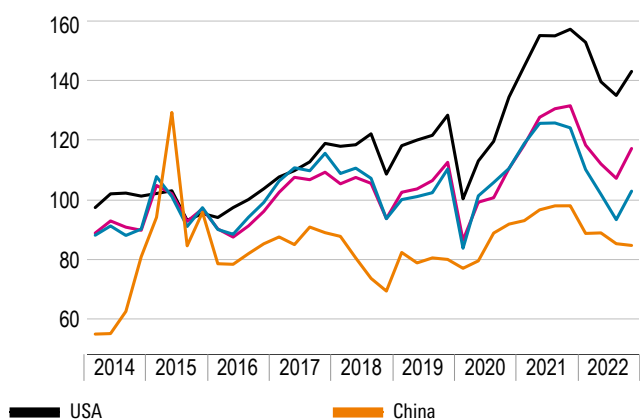
Häuserpreise

Real, OECD 2015=100



Aktienkurse

Real, OECD 2015=100



Durch die hohen Importpreise, vor allem für Energie, geht 2022 der strukturelle Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands zurück und der Euroraum als Ganzes verzeichnet ein Leistungsbilanzdefizit. Der deutsche Leistungsbilanzsaldo erfüllt durch diesen Sondereffekt erstmals seit Ende der 2000er Jahre die Vorgaben des europäischen Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht. Gemessen an diesem Standard ist auch die Höhe des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits mit knapp -4 % des BIP besorgniserregend. Die US-Finanzwirtschaft wird zudem Mitte März 2023 durch den Zusammenbruch der Silicon Valley Bank erschüttert. Auch die Verschuldung des chinesischen Unternehmenssektors (in % des BIP) bleibt bei wachsender Verschuldung des Haushaltssektors unverändert hoch, was insbesondere auf die angespannte Situation im Immobiliensektor zurückzuführen ist.

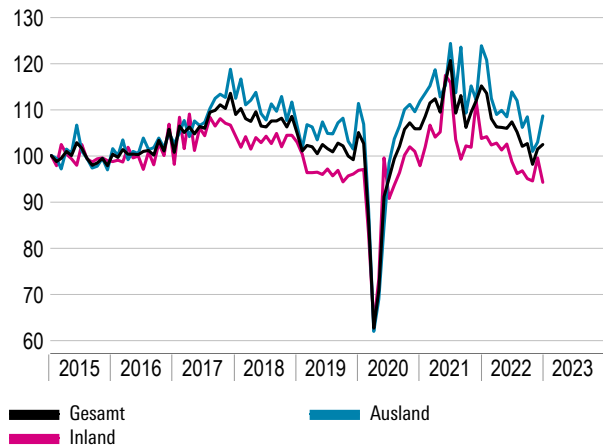
Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

<https://bit.ly/3hDoktg>

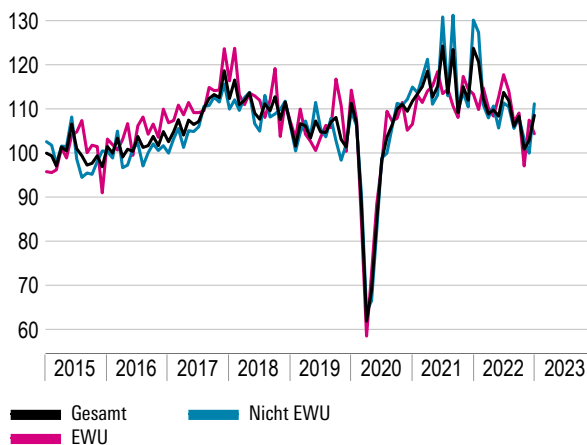
Auftragseingänge deutscher Unternehmen

Kettenindex 2015=100

Industrie



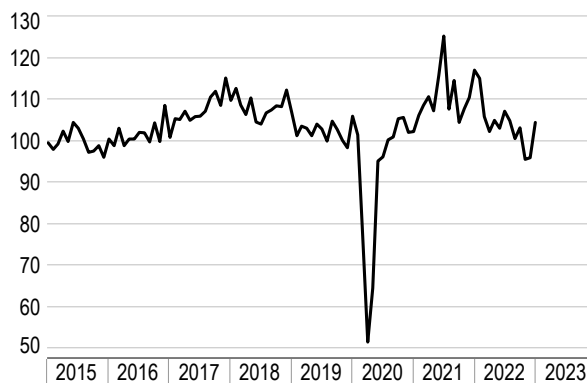
Aus dem Ausland



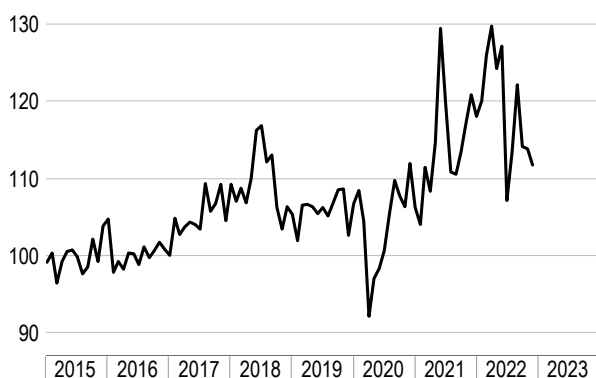
Vorleistungsgüter



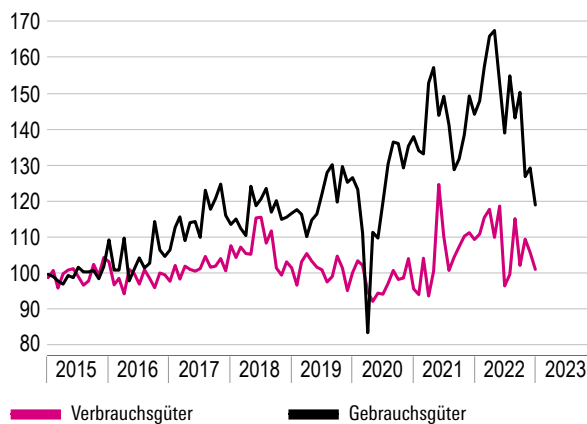
Investitionsgüter



Konsumgüter



Ge- und Verbrauchsgüter



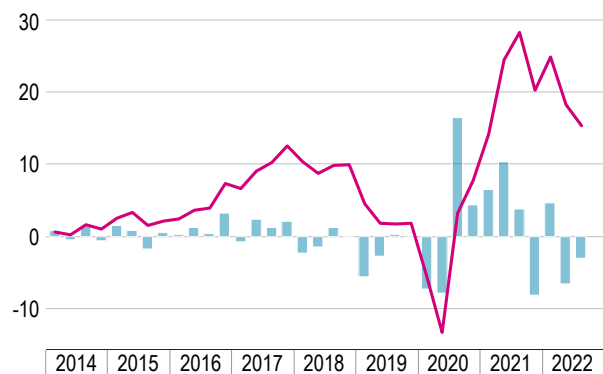
Volumen, kalender- und saisonbereinigt. Januar 2015 - Januar 2023.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3W4Juzs>

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Frühindikatoren Deutschland

Order-Capacity-Index

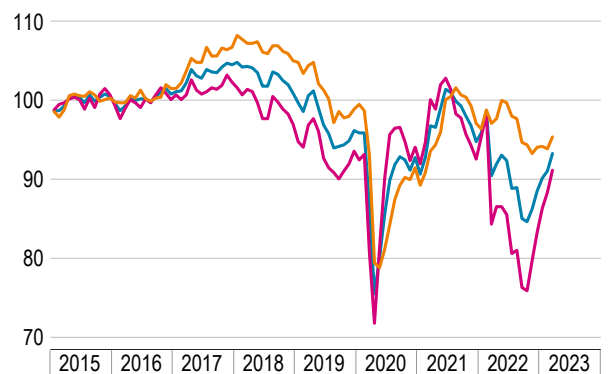


1. Quartal 2014 - 3. Quartal 2022 (order) / Januar 2015 bis März 2023 (ifo).

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

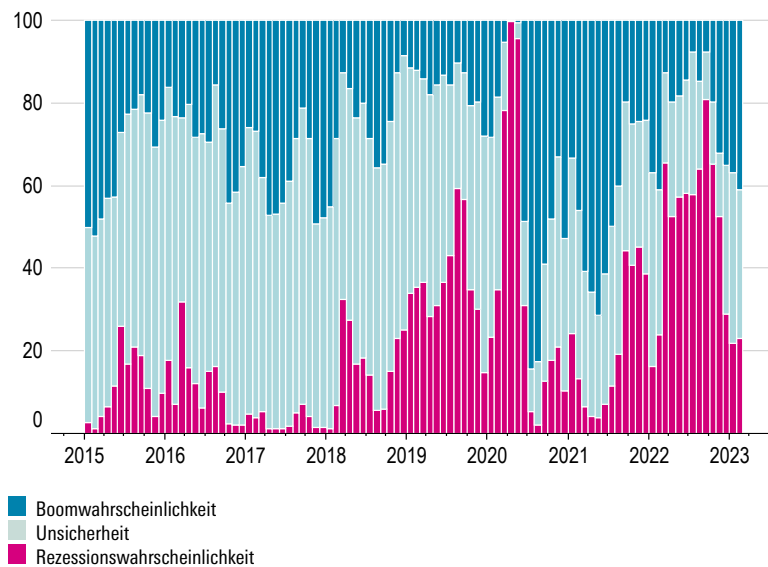
<https://bit.ly/3YxeWbA>

ifo Geschäftsklima-Index (2015=100)



IMK Konjunkturindikator

Rezessions- und Boomwahrscheinlichkeiten in % – Ausblick für die nächsten 3 Monate*



* Veröffentlichung Mitte März 2023.

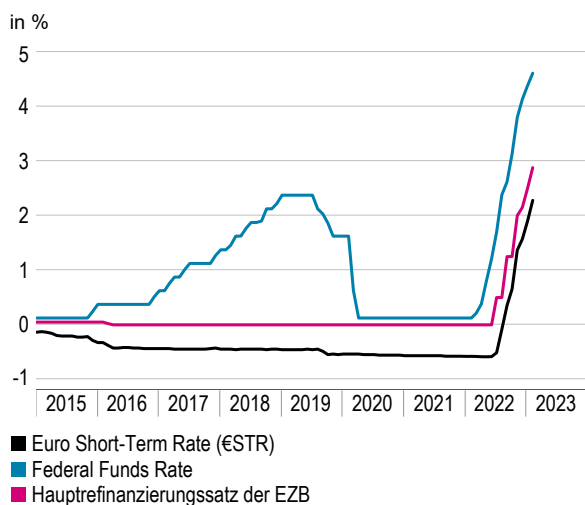
Weitere Informationen zur Konjunkturampel unter:

<https://bit.ly/3YxeWbA>

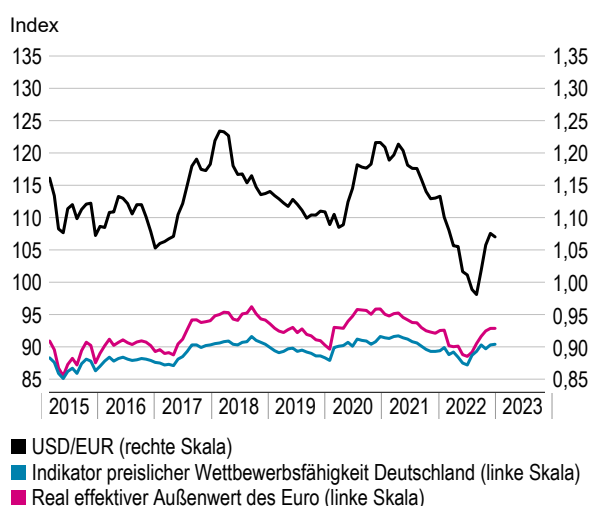
Quellen: Deutsche Bundesbank; ifo Institut; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Monetäre Rahmenbedingungen

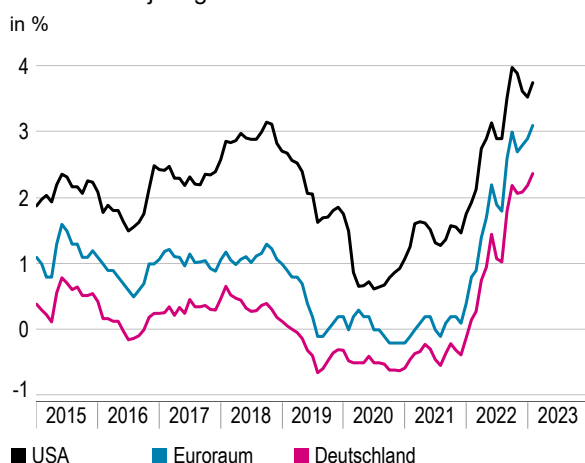
Leitzinsen im Euroraum und in den USA



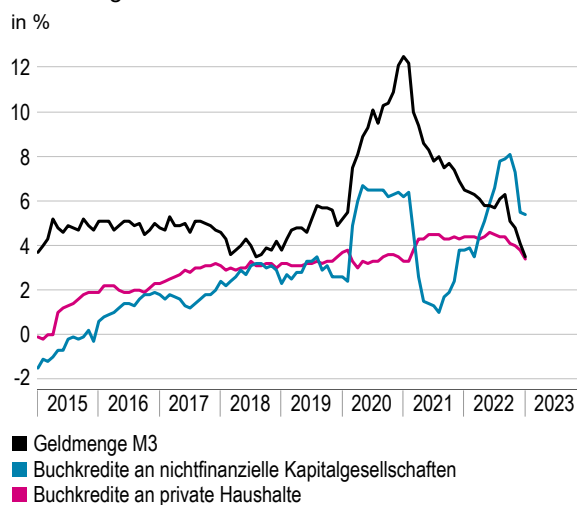
Wechselkurs und real effektiver Außenwert**



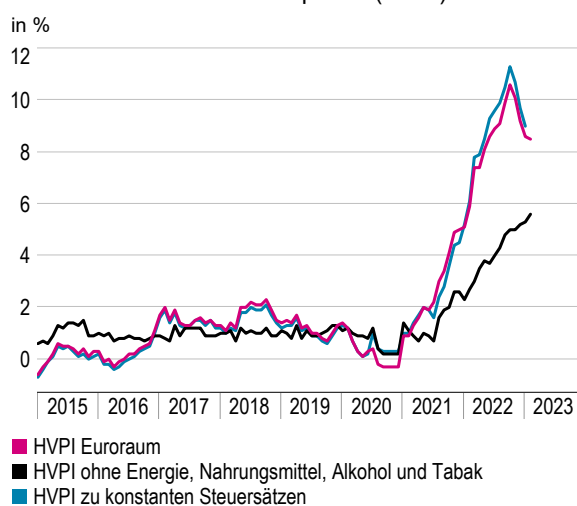
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen



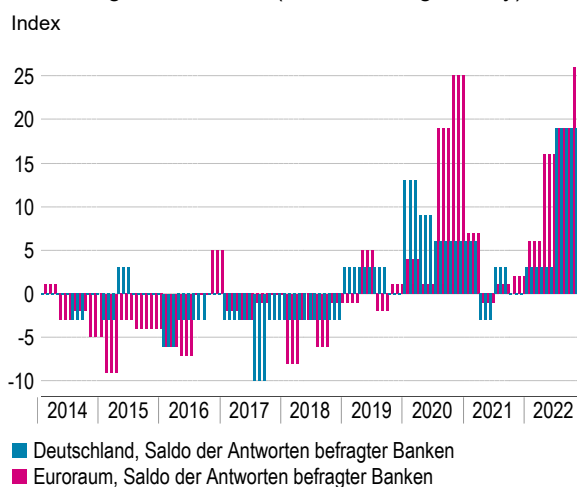
Geldmenge und Kreditvolumen*



Harmonisierte Verbraucherpreise (HVPI)*



Kreditvergabestandards (Bank-Lending Survey)***



Ab Januar 2015 bis Januar bzw. Februar 2023, Kreditvergabestandards bis Dezember 2022.

* Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

** Real effektiver Außenwert auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 42 Ländern (Euroraum) bzw. 60 Ländern (Deutschland).

*** Positive Salden bedeuten eine Verschärfung.

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

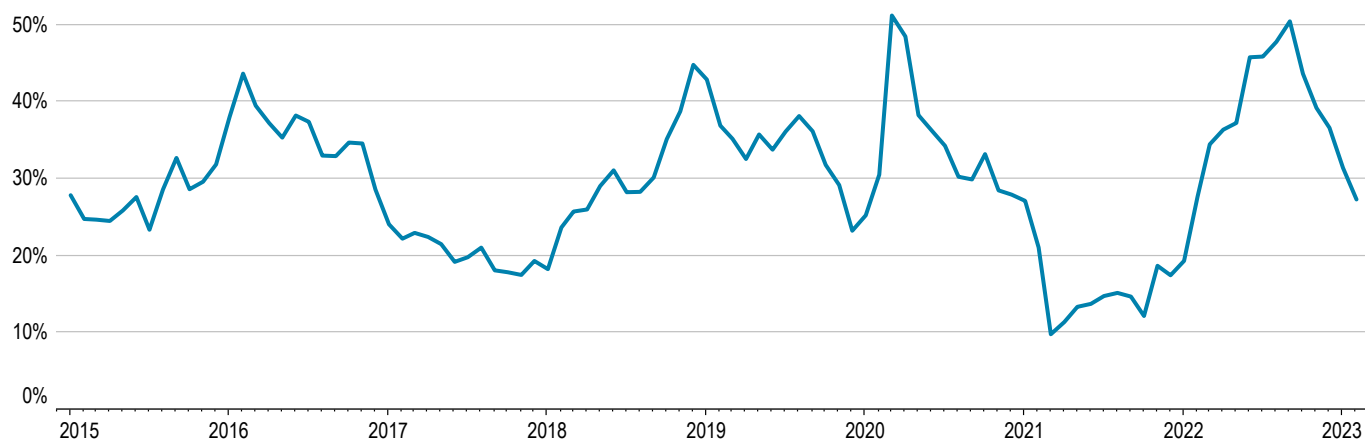
<https://bit.ly/3uTSxv>

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

Risikomaße

a) Finanzmarktstressindikator (reskaliert)

Januar 2015 - Februar 2023



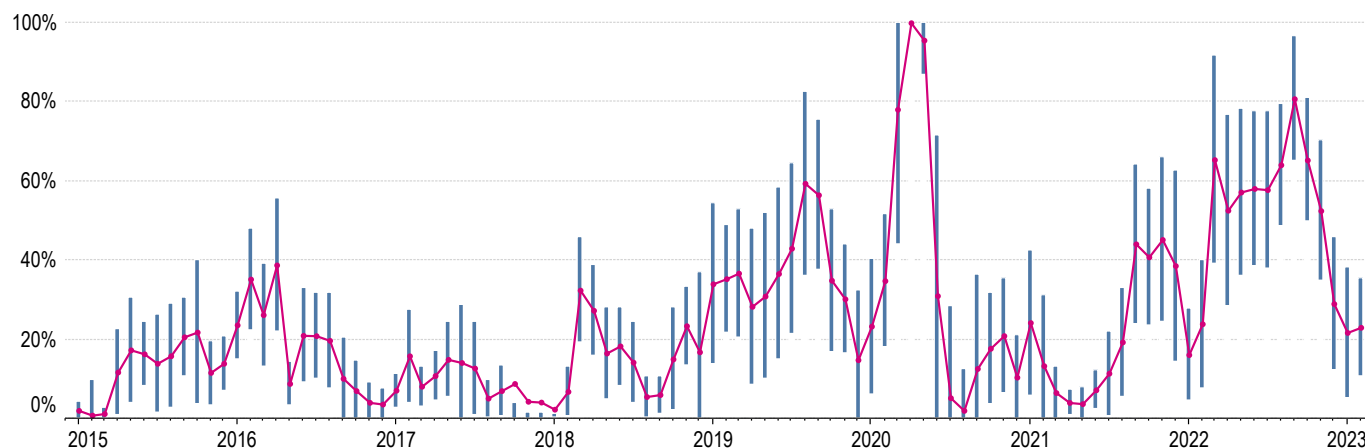
Unter einer Vielzahl finanzmarktbezogener Daten wählt der IMK-Finanzmarktstressindikator anhand der Korrelation zu historischen Finanzmarkturbulenzen für jeden Veröffentlichungsstand 20 Zeitreihen aus. Basierend auf diesen hauptsächlich nicht stationären Reihen bestimmt sich mittels statischer Faktoranalyse derjenige Faktor (Hauptkomponente), der den Großteil der Schwankungen der Daten beschreibt, nachdem diese zentriert wurden. Hochpunkte dieses Unsicherheitsmaßes kennzeichnen in der Regel Finanzmarktkrisen, wobei die Skalierung so gewählt wird, dass die Finanzmarktkrise von 2007/08 gleichbedeutend mit 100%igem Finanzmarktstress ist.

Die zu Grunde liegende Informationsmatrix des IMK-Finanzmarktstressindikators umfasst Daten zum Kreditwachstum, zur Volatilität von Aktien- und Rohstoffpreisen, Raten von Kreditausfallversicherungen sowie EZB-spezifische Daten wie Spitzenrefinanzierungsfazilität und TARGET-Salden.

Quellen: Macrobond; Berechnungen des IMK.

b) Rezessionswahrscheinlichkeit mit Streuung

Januar 2015 - Februar 2023



In den IMK-Konjunkturindikator (Abbildung G) fließen zahlreiche Daten aus der Real- und der Finanzwirtschaft ein. Darüber hinaus berücksichtigt das Instrument Stimmungsindikatoren. Das IMK nutzt dabei die Industrieproduktion als Referenzwert für eine Rezession, weil diese rascher auf einen Nachfrageeinbruch reagiert als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Streuung der für die Gesamtprognose relevanten Einzelgleichungen beschreibt die prognostische Unsicherheit. Die Zeitachse in obiger Darstellung bezieht sich auf den jeweils aktuellen Beobachtungsrand. Die Werteachse zeigt dann die zugehörige mittlere Echtzeitprognose der Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate.

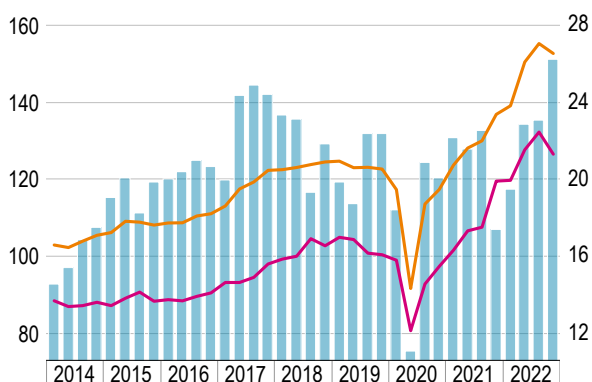
Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:

<https://bit.ly/3uTroog>

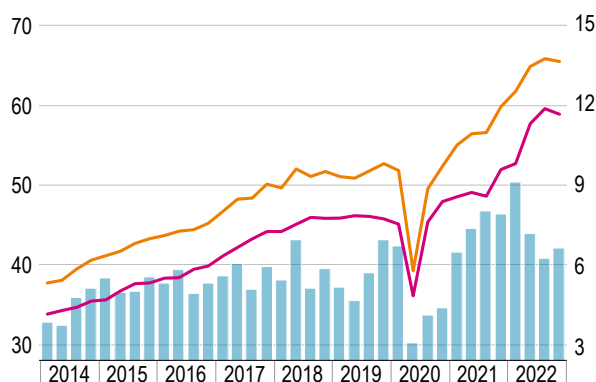
Quelle: Berechnungen des IMK.

Außenhandel Deutschlands nach Regionen und Ländern (Spezialhandel)

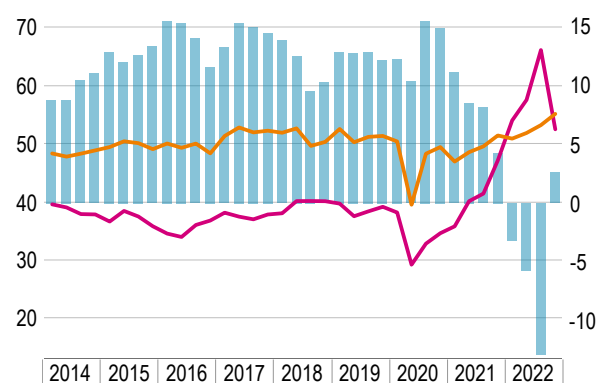
Euroraum



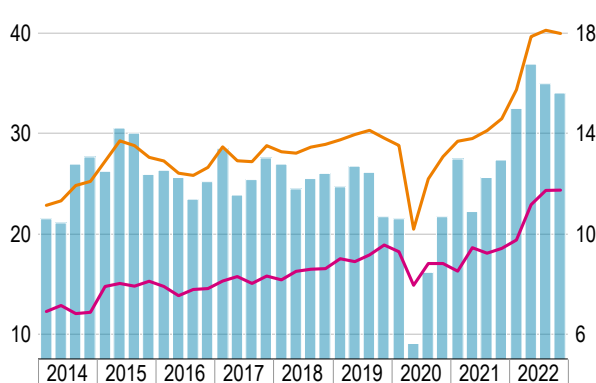
EU-Länder außerhalb des Euroraums



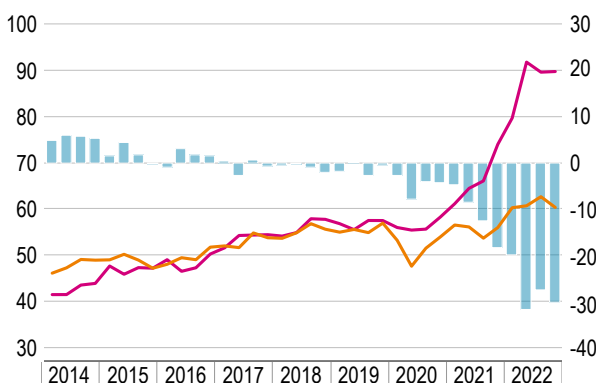
Andere europäische Länder*



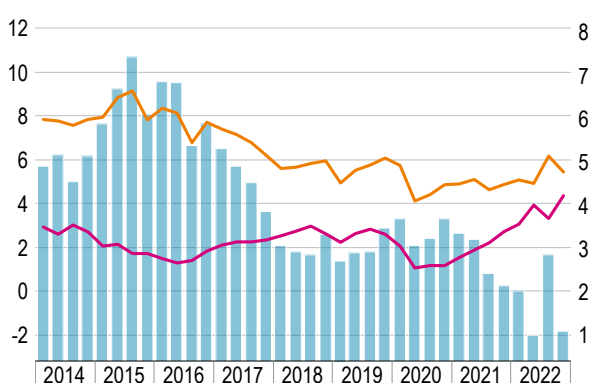
USA



Asien



OPEC-Länder



— Importe, saisonbereinigt in Mrd. Euro (linke Skala)
— Exporte, saisonbereinigt in Mrd. Euro (linke Skala)

■ Nettoexporte, saisonbereinigt in Mrd. Euro (rechte Skala)

1. Quartal 2014 - 4. Quartal 2022

* Andere europäische Länder setzen sich zu mehr als 90 % aus Großbritannien, Schweiz, Russland, Türkei und Norwegen zusammen. Der Anteil Großbritanniens an den deutschen Exporten (Importen) in diesen (aus diesem) Länderkreis betrug 2020 36 % (26 %).

Eine interaktive detailliertere Ansicht findet sich auf unserer Homepage:
<https://bit.ly/3Pz46NP>

Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

LITERATUR

Becker, H. / Paetz, C. / Watt, A. / Watzka, S. (2023): Reform der EU-Fiskalregeln: Kommissionsvorschlag erster Schritt in die richtige Richtung. IMK Kommentar Nr. 10.

Bundesagentur für Arbeit (2023a): Blickpunkt Arbeitsmarkt - Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Januar 2023, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2023b): Blickpunkt Arbeitsmarkt - Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Februar 2023, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

Bundesministerium der Finanzen, BMF (2023): Vorläufiger Abschluss des Bundeshaushalts 2022. In: Monatsbericht des BMF, Januar.

Destatis (2023): [ifo Knappheitsindikator zeigt Materialmangel an. Zusammenhang zwischen Materialknappheit und Industriektivität – Industrie und Verarbeitendes Gewerbe](#). Wiesbaden, März.

EZB (2023a): [ECB staff macroeconomic projections for the euro area](#). Frankfurt/M., 16. März.

EZB (2023b): [Monetary Policy Statement. Pressekonferenz](#). Frankfurt/M., 16. März.

IPCC (2023): Synthesis Report of the Sixth Assessment Report. A Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf, März.

Gern, K.-J. / S. Kooths, J. / Reents, N. / Sonnenberg und U. Stolzenburg (2023): Weltkonjunktur im Frühjahr 2023: Hartnäckige Inflation, gebremste Expansion. Kieler Konjunkturberichte Nr.99. Institut für Weltwirtschaft.



Alle Links wurden zuletzt am 23.03.2023 geprüft



ALLE IMK PUBLIKATIONEN

Reports, Working Paper, Studies und Policy Briefs.

<https://www.imk-boeckler.de/de/veroeffentlichungen-15375.htm>



IMK KONJUNKTURSPIEGEL

Illustrative Online-Darstellung aller Indikator-Grafiken.

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturspiegel-15363.htm>



IMK KONJUNKTURAMPEL

Frühwarnsystem zur Rezessionswahrscheinlichkeit für die nächsten drei Monate, basierend auf Monatsdaten

<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-konjunkturampel-15362.htm>



SOCIAL MEDIA

Folgen Sie uns auf Twitter: <https://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook: www.facebook.com/IMKInstitut

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (211) 77 78-31 2

imk-publikationen@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (211) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Autorenkontakt

Peter Hohlfeld, peter-hohlfeld@boeckler.de

Ausgabe

IMK Report Nr. 180 (abgeschlossen am 28. März 2023)

Redaktionsleitung: Peter Hohlfeld

Satz: Sabine Kurzböck

ISSN 1861-3683



„Schwache Dynamik nach Energiepreisschocks und Zinserhöhungen - Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2023/2024“ von Sebastian Dullien, Alexander Herzog-Stein, Peter Hohlfeld, Katja Rietzler, Sabine Stephan, Silke Tober, Thomas Theobald und Sebastian Watzka ist unter der Creative Commons Lizenz Namensnennung 4.0 International lizenziert (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.